

Wöchentlich 76 Blätter, monatlich 2 Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Einheitsband im In- und Ausland 3,20 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtbilder“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ein halbes Jahr lang erscheinende Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ (zu 10 Pf.) enthält wertvolle Beiträge (jeden Sonntag) über die Ereignisse der Woche. Die Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ (zu 10 Pf.) enthält wertvolle Beiträge über die Ereignisse der Woche. Die Sonntagsbeilage des „Vorwärts“ (zu 10 Pf.) enthält wertvolle Beiträge über die Ereignisse der Woche.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 87538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Deutschösterreich in Spannung.

Zu seinem Staatsfeiertag.

Der 12. November ist Staatsfeiertag der Republik Deutschösterreich. Unter diesem Namen ist sie am 12. November 1918 feierlich vor dem Parlamentsgebäude zu Wien proklamiert worden. Ein schwerer Schatten fiel auf diesen Tag: in seiner Frühe war Dr. Viktor Adler gestorben — seine letzten Worte waren die Frage: „Was ist in Deutschland?“ In ihm verlor die junge Republik ihren Staatssekretär des Inneren, das Volk seinen treuesten Freund, die Arbeiterschaft ihren Organisator, Einiger, Lehrer und Führer.

Einige Monate darauf strich das Gebot jener fremden Mächte, die sich Vorkämpfer der Völkerfreiheit nannten, das Wort „Deutsch“ aus dem Namen des Staates, aus seiner Verfassung den ersten Satz „Deutschösterreich ist ein Glied der deutschen Republik“ und legten ihm die Verpflichtung des Verzichts auf sein Selbstbestimmungsrecht auf, indem man die Heimkehr zum Deutschen Reich von der Erlaubnis jenes Völkerbundesrates abhängig machte, von dem sowohl Deutschösterreich wie das Deutsche Reich noch ausgeschlossen waren.

Staatskanzler war unser Genosse Dr. Karl Renner, Parlamentspräsident und damit provisorisches Staatsoberhaupt unser Genosse Karl Seih, abseits stand ohne Rang in der Politik Prälat Dr. Ignaz Seipel. Heute ist er Bundeskanzler und Renner war soeben im Budgetausschuss der Sprecher der Opposition. Diese besteht nur aus der Sozialdemokratie, alle bürgerlichen Parteien im Parlament sind zusammengeschlossen und folgen Dr. Seipel. Er gilt als der große Mann, seitdem die Inflation beendet wurde — nicht durch scharfe Einziehung der großen Privatvermögen, wie die Sozialdemokraten 1922 forderten, sondern durch eine vom Völkerbund vermittelte Anleihe unter vorläufiger Nichtausübung des Generalpandesrechts der Ententemächte und gegen die Unterwerfung unter den Generalkommissar, einen ausländisch-kapitalistischen Finanzdiktator. 70 000 öffentlich angestellte wurden abgebaut, Kultur- und Sozialausgaben furchtbar gekürzt: die Anleihe hat nicht verhindert, daß in dem Sechseinhalb-Millionen-Staat dauernd 170 000 und mehr Arbeitsfähige arbeitslos sind. Das Stadtwort ist zum größten Teil völlig verarmt, die Einzelnen, aber auch die Industrie können nur dank dem Mieterschutz leben; er läßt die Inhaber von Mietwohnungen sehr wohlfeil hausen, er allein gestattet den Arbeitern und Angestellten, sich mit Löhnen gerade noch abzufinden, deren Anpassung an aufgewertete Mieten die Industrie ziemlich wettbewerbsunfähig im Ausland machen würde. Die Sozialdemokratie, Gegnerin der Mietaufwertung, hat die Mehrheit der Stimmen in der Gesamtheit der Gemeinden mit mehr als zweitausend Einwohnern — nur der zurückgebliebenen städtischen Entwicklung und dem von unseren Genossen durchgesetzten Proporz verdanken die bürgerlichen Parteien überhaupt ihre Mehrheit!

Bei solchem besonderen Verhältnis kann gerechterweise nicht unbeschränkt der Mehrheitswille Unterwerfung der Minderheit verlangen. Sie hat bisher durch Obstruktion den Abbau des lebenswichtigen Mieterschutzes verhindert — Seipel macht ihr darob schwere Vorwürfe und spricht von der Unmöglichkeit, rein parlamentarisch zu regieren; ein schlecht gewähltes Beweismittel! Als Hauptgrund aber, warum man nicht Frieden miteinander schließen und versuchen könne, sich schiedlich und friedlich zu vertragen, führt Seipel die antikatholische Werbearbeit der — Freidenker an und fordert ihre Abschüttelung von den Sozialdemokraten. Die kann nicht erwärmt werden, denn die Sozialdemokratie hält in ihren Reihen fest, was ihr Programm auch vom Staate erklärt sehen will, daß Religion Privatsache sei. Außerdem führte Seipel als Hindernis einer Annäherung die wissenschaftlich-religiöskritischen Arbeiten von „Alpha Omega“ in der Arbeiter-Zeitung an! Renner und Bauer haben dieser Kulturkampfsrede Seipels sofort die Tatsache entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie 1918/19, als sie nicht nur mitregiert, sondern — unter dem Druck der revolutionären Nachkriegsstimmung — weit mehr durchgeführt hat, als sie sonst wohl als Minderheit zu erreichen imstande gewesen wäre, gegen die Vorrechte der Kirche nichts unternommen hat. Dagegen stellt sich die Geistlichkeit größtenteils in den Dienst der antisozialistischen Agitation, der christlichsoziale Unterrichtsminister sabotiert geradezu die oberstgerichtlichen Entscheidungen, monach konfessionslose Kinder gegen den Elternwillen nicht in den Religionsunterricht gezwungen werden dürfen, die regierende Kirchenpartei verweigert die Beseitigung des noch geltenden, rein kirchlichen Ehrengeldes ebenso wie die Abschaffung des Gebärzwangs — kurz, die Offensive des Merkantilismus ist mindestens ebenso stark wie die der Freidenker, nur daß diese nicht über den staatlichen Apparat verfügen! Der Austritt von 20 000 Menschen aus der Kirche seit der Julischlacht war gar nicht von den Freidenkern angeregt, sondern von des Prälaten Seipel Wort: „Keine Milde!“

Wenn die rein negativen Äußerungen Seipels die Antwort auf die Friedenskundgebung des sozialdemokratischen Parteitages sind, so wird aus dem Friedensversuch nicht viel werden. Wie dieser betonte Merkantilismus auf die großdeutschen und landbündlerischen Regierungstypen wirkt, ist

abzuarbeiten. Genosse Renner hat in einem langen Schreiben an das Wiener Montagsblatt „Der Morgen“ von der Reduktion der Deutschösterreich gesprochen, womit er das kampfbereite Gegenübersehen bewaffneter Scharen meint und die schon allzuoft vorgekommenen Ueberfälle und Morde, die freilich ausnahmslos von „Antimarxisten“ begangen worden sind. Auf seinen Abrüstungsvorschlag erwartet Renner zunächst nicht Antwort von der Regierung und den gegnerischen Parteileitungen, sondern von den Bauern, den Beamten, der Intelligenz. Jedenfalls hat das Aufrüsten und Aufmarschieren der Heimwehren, nicht zuletzt verursacht durch die Lügenpropaganda von einem proletarischen Diktaturversuch am 15. Juli, die „mazedonische“ Gefahr stark vergrößert.

Der verhältnismäßig ruhige, von monarchistischen Wankanschlügen auf Führer der Republik vollkommen freie, auch blutige Gewaltakte vergleichsweise gegen Deutschland ungleich weniger bringende Ablauf der ersten Nachkriegsjahre in Deutschösterreich hat uns oft mit einem gewissen Reid hinübersehen lassen. Nicht die Sozialdemokratische Partei hat diesen Terror zu üben versucht. Das wird der große Ringstraßenaufmarsch am morgigen Staatsfeiertag wieder beweisen. Nicht zum Staatsfeiertag, sondern zwei Tage später trifft der Reichskanzler mit dem Außenminister aus Berlin in Wien ein. Sie finden ein verarmtes Volk, vor Klassenmäßig und darum auch parteipolitisch zerrissen wie alle Kulturvölker von heute, ist es doch einzig in dem Verlangen nach freier Selbstbestimmung, nach Heimkehr ins Reich.

Die Formier beschließen den Streik.

Am Montag Schlichtungsverhandlungen.

An der Streikabstimmung in den Eisengießereien des Verbandes Berliner Metallindustrieller am Freitag haben sich von 3171 Beschäftigten 3031 beteiligt. Davon haben für Streik 2658, für Arbeit 373 gestimmt. Streik oder auf Urlaub waren 140. Damit ist die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik nicht erreicht, sondern noch weit überschritten worden.

Die Funktionäre der Berliner Eisengießereien waren gestern abend im Verbandshaus der Metallarbeiter zusammengekommen, um die weiteren Maßnahmen zur Durchführung ihrer Lohnbewegung zu beschließen. Der Branchenleiter Schröder teilte zunächst mit, daß der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes die Berliner Ortsverwaltung darauf hingewiesen habe, daß unbedingt vor der Beschäftigtenabstimmung dem Statut der Schlichtungsausschuss angerufen werden müsse. Die Ortsverwaltung ist dieser Anweisung gefolgt und hat den Schlichtungsausschuss angerufen, der die Parteien zu Montag nachmittags 4 1/2 Uhr zu Verhandlungen geladen hat, an denen auch ein Vertreter des Hauptvorstandes der Metallarbeiter teilnimmt. Der Branchenleiter ersuchte die Funktionäre in der Aussprache, die Frage zu prüfen, ob trotz der angelegten Schlichtungsverhandlungen am Montag die Arbeit niedergelegt und in einen wilden Streik eingetreten werden soll, oder ob das Ergebnis der Verhandlungen erst abzuwarten sei.

In der Diskussion gingen die Ansichten fast ausnahmslos dahin, am Montag geschlossen in den Streik zu treten. Es fehlte jedoch auch nicht an Stimmen, die sich gegen diese Resolution aus rein taktischen Gründen wandten. Genosse Ulrich verteilte gegenüber den Schlichtungsausschussgegnern die gewerkschaftlich richtige Auffassung, daß es unmöglich angehen könne, daß Ber-

bandenmitglieder und sogar Funktionäre sich über das von ihnen unterschrieben anerkannte Statut einfach hinwegsetzen. Das Statut schreibt vor, daß vor jedem Streik die Schlichtungsinstanzen angerufen werden müssen. Der Hauptvorstand würde und möchte eine Bewegung, die nicht dem Statut entsprechend eingeleitet worden ist, die Sanktion verweigern. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in Berlin alle wilden Streiks ohne Erfolg geblieben sind. Die Funktionäre mühten aber auch schon die Lohnbewegung aus dem Grunde statutenmäßig führen, damit sie die Sympathien der Öffentlichkeit auf ihrer Seite haben.

Nach einer längeren Vertagung der Versammlung gab Genosse Ulrich das inzwischen festgestellte Abstimmungsergebnis bekannt, worauf die Diskussion fortgesetzt wurde.

Nach nochmaliger ausgiebiger Debatte traten die Funktionäre schließlich mit großer Mehrheit der Auffassung der Branchenkommission bei, die in ihrer Beratung vor der Versammlung beschlossen hatte, zwar aus ihren Reihen keine Beisitzer für den Schlichtungsausschuss zu stellen, aber zu den Verhandlungen zu gehen und dort die Interessen der Eisengießer mit noch größter Nachdruck zu vertreten als in den direkten Verhandlungen mit dem BHM.

Die Eisengießer werden nun so lange Gewehr bei Fuß stehen, bis die Branchenleitung bzw. die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes durch die Presse an sie weitere Forderungen ergehen läßt. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt nunmehr bei den Berliner Metallindustriellen. Wenn sie den Kampf wollen, werden ihn die gut organisierten Berliner Eisengießer aufnehmen und zum Erlöse führen werden.

Illegale Arbeit in Rußland.

Schilderung ihrer Methoden durch den Vorsitzenden der Zentralkontrollkommission.

In der Plenarversammlung des ZK (Zentralkomitees) und der ZKK (Zentralkontrollkommission der russischen Kommunistenpartei) gab es vor kurzem sehr interessante Auseinandersetzungen. Sie sind den Lesern des „Vorwärts“ zum großen Teil schon bekannt. Die folgende Rede des Vorsitzenden der ZKK, Jaroslawski, bietet eine wertvolle Ergänzung des Gesamtbildes, sie zeigt, bis zu welcher dramatischen Schärfe die Gegensätze im russischen Kommunistenlager schon gediehen sind. Jaroslawski sagte:

Es ist mir wie allen Mitgliedern der Zentralkontrollkommission und überhaupt den Mitgliedern der Kontrollkommissionen im Augenblick schwer zu arbeiten. Bisher ist, daß es eine solche Situation in der Partei noch nicht gegeben hat. Denn noch nie hat es soviel Betrug in der Partei gegeben und soviel eine Aufhebung der Parteilosigkeit gegen die Partei, wie jetzt durch die Opposition. Wie hat es sich bei uns ereignet, daß die aus der Partei ausgeschlossenen zusammen mit Mitgliedern des ZK und der ZKK und mit partellosen bürgerlichen Intellektuellen, die keiner Kontrolle unterliegen, eine Organisation bilden, die gegen die Partei kämpft. Die Disziplin der Partei wird durch die Statuten bestimmt. Wenn man fragt: Wie könnt ihr Repressalien unseres Staatsapparates gegen die anwenden, die gegen die Forderungen der Partei sind, so antworten wir: Hier ist unser Parteistatut, es ist verbindlich für alle Mitglieder der Partei. Und soweit sie Mitglieder unserer Partei sind, muß es auch für sie verbindlich sein.

Weshalb sollten wir denn nicht das Organ der proletarischen Diktatur, die Sowjetregierung der WPU, heranziehen können zum Kampfe gegen die Ueberschreitung der Sozialgesetzgebung, wenn sie von Parteimitgliedern übertreten werden, wie dieses ge-

sehen ist bei der Beschlagnahme der Druckereien, wegen der Organisation illegaler Druckereien und konspirativer Organisation mit unparteilichen bourgeoisien Elementen, wenn die Fischeloffs, Browers, Tscherbakoffs und andere unsere Sowjetgesetzgebung überschreiten. Nehmt z. B. unsere letzte Plattform. Ihr habt wohl die Moskade nicht gesehen, die mit dieser Plattform betrieben worden ist. Hier ist die Broschüre (zeigt sie) „Der Weg des Kampfes“ („Der Kampf“) von D. Fuhrmann, herausgegeben in der „Kowaja Moskwa“ 1925; auf der Rückseite des Umschlages steht: Druckerei „Aska Kewosuzki“ („Der Funke der Revolution“). Das ist nicht die Druckerei, in der diese Plattform abgedruckt ist, das ist eine andere!

Was geschieht im Augenblick für die Verbreitung der Plattform? Diese Plattform wird von dem Parteimitglied Drogin einem partellosen Ingenieur übergeben, der sie im Cooplan auf seinen Tisch legt.

Ich habe eine Mitteilung erhalten, daß diese Plattform, der Zeitung „Sowetskaja“ einlegend, zusammen mit der Nummer der „Sowetskaja“ verkauft wird, das hier in Moskau ein Genosse auf dem Bahnhof eine Nummer der „Sowetskaja“ gekauft hat, der die Plattform beigelegt war.

Ich habe erfahren, daß die Anarchisten diese Plattform zusammen mit ihrem Blättchen vertreiben. Ich habe auch in Erfahrung gebracht, daß diese Plattform für einen Rubel verkauft wird. Für einen Rubel werden diese verkommenen Anarchisten gegen die Partei verkauft. So sieht es hier. Morgen wird Moskau für 10 Pfennig in Deutsche herausbringen, und so wird sie die Beute der weißen Partei.

Worochiloff: Solches geschieht zur Festigung der Partei. Eine Stimme: Das ist die Einheit der Partei.

Jaroslavl: Gestatten Sie endlich, daß ich ein Telegramm aus Koflow am Don verlese, das soeben eingetroffen ist:

In Koflow wird in letzter Zeit in sehr ausgiebiger Weise das Material der Opposition verbreitet: die Plattform und besonders ein Rundschreiben an die Mitglieder der Partei. Diese oppositionellen Dokumente werden durch die örtlichen Oppositionellen mit Hilfe Parteilofer und sogar von Kindern in den Fabriken, Hochschulen und sogar in staatlichen Institutionen verteilt. Die Arbeiter, sowohl Mitglieder der Partei als auch Parteilofer, sammeln dieses Material und übergeben es den Parteiorganen. Die lokalen Oppositionellen haben eine breite Tätigkeit in illegalen Kreisen entwickelt. Die verstärkte Tätigkeit der Opposition stützt auf die Empörung der parteilofer Arbeiter und auf den einmütigen Widerstand der Parteiorganisationen.

Genosse Sinowjew und andere Mitglieder des ZK und der ZKR reisen nach Beningrad und veranstalten dort einige Tage hintereinander illegale Empfänge. Das geschieht auf die Weise, daß die Oppositionellen in die Fabriken gehen und dort aufordern: „Wer möchte vom Genossen Sinowjew empfangen werden? Wer empfangen werden möchte, der mag sich einschreiben. Genosse Sinowjew empfängt in Gruppen von 30 bis 40 Mann.“

Jensukide: Wie ein Zahnarzt!

Eine Stimme: Wie ein berühmter Chitromant!

Jaroslavl: Worüber plaudert denn Genosse Sinowjew dort? Ich will mich darauf beschränken, kurze Auszüge aus zwei Eingaben zu verlesen. Die Eingabe des Parteimitgliedes Bisteff an den Bolschewickischen Parteimitglied Komitet, seit 1917 Arbeiter des Depots Sortirowschnaja: „Das Manifest wurde beraten. Der Genosse Sinowjew fing an, Kritik zu üben, mit dem beabsichtigten Siebenstundentag wollte man den Arbeitern um den Bart geben.“

Das ist die Arbeit, die auf diesen Empfängen geleistet wird. Der Genosse Sinowjew wird gefragt (Eingabe des Parteimitgliedes Genossen Koflow, Direktors der Fabrik „Krasnoja Nit“): „Wie ist es gekommen, Genosse Sinowjew, daß mit Hilfe der Opposition der Genosse Lominadse ausgeliefert worden ist?“ Darauf entgegnet Sinowjew: „Wir sind natürlich schuld daran, doch es ist nichts Furchtbares dabei. Der Genosse Lominadse hat dadurch kein Haar von seinem Haupte verloren. Ja, um die Wahrheit zu sagen — erklärt Genosse Sinowjew — so sonderbar es ist,

im Hindenburgschen Deutschland ist es viel freierlicher als bei uns.“

Ich kann Kühn behaupten, daß dort im Augenblick nicht ein einziger Kommunist im Gefängnis sitzt. Man kann dort schreiben und sprechen, was man will. Es ist natürlich schlecht, daß es so ausgeht...

Stimmen: O weh, o weh, o weh! Das ist ja Konterrevolution! Wie? Wie?

Jaroslavl: Können wir die Cohnpreisung des Hindenburgschen Deutschland durch ein Parteimitglied ungestraft hingehen lassen? Genossen, sie bestehen auf Veröffentlichung des Besinlichen Testaments. Darüber muß der 16. Kongreß entscheiden. Ich habe es auch voriges Mal unterstützt, und jetzt glaube ich, daß in einem Monat alle Mitglieder der Partei im Besitz der gesamten Briefe Semins sein werden, die von der Parteioption verbreitet werden, sowie auch derer, die sie nicht verbreitet.

Stimmen: Richtig!

Jaroslavl: Dieses „Testament Semins“, wie es genannt wird, ist in Beningrad in der illegalen Druckerei von Mitgliedern der kommunistischen Jugend hergestellt worden. Aus diesem Testament ist alles das geschrieben worden, was es über Sinowjew und Komarow enthält.

Stimmen: Skworzoff-Sjepanoff: Et, et, et!

Stimmen: Schande, Schande!

Jaroslavl: Das ist eine Spitzbüberei, eine Unterschlagung. Schämt ihr euch nicht dessen, was ihr tut?

Stimme vom Plaze: Fassmünzer!

Jaroslavl: Ihr verlangt die Befreiung der verhafteten Verbrecher, wollt ihr ihre direkten oder indirekten Mütter sein!

Endlich, Genossen, das Letzte. Ich muß sagen, wenn man bis jetzt noch zweifeln konnte, daß es sich um die Schaffung einer anderen Partei handelt, so haben jetzt an das ZK Eingaben zu fließen begonnen, nach denen jählicher Zweifel wegfällt. Da ist die Eingabe eines Parteimitgliedes, das von seinem Gespräch mit einer Gruppe von Genossen berichtet. Als es sich an einen jungen Genossen wandte, der stark gegen die Partei aufgetreten war und Dokumente verbreitet hatte, einen gewissen Kumin, und ihn fragte: „Seit welchem Jahre bis du in der Partei?“, antwortete letzterer: „Ich bin parteilos. Weshalb sollte ich in diese Partei eintreten, die wir alle bekämpfen? Wir haben unsere eigene neue Partei, in die ich eingetreten bin und zu deren Kandidaten ich wähle. (Gesächter.) Wir haben bereits unsere eigenen illegalen Mitgliedsbücher, die bereits ausgegeben sind, und ich habe die Kandidatenkarte erhalten.“

Eine Stimme: Oh!

Jaroslavl: Wenn Ihr wollt, daß wir Mitglieder der ZKR bleiben, so erkläre ich euch, daß wir Mitglieder der ZKR nicht bleiben können, wenn die Leute, die eine solche neue Partei aufbauen, Mitglieder unserer Partei bleiben. (Beifall.)

Stimmen: Richtig!

Talberg: Man muß sie ausschließen.

Vor dem Ausschluß Trozkis.

Moskau, 11. November. (Ost-Egypt.)

Der Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, durch welchen die Frage des Austrittens der Oppositionsführer beim Jubiläum und der daraufhin zu ergreifenden Maßnahmen der Zentralkontrollkommission überwiesen wird, während gleichzeitig auch die Provinzorganisationen zu energischem Vorgehen gegen die Opposition angewiesen werden, bedeutet zwar eine Verschärfung des innerparteilichen Konflikts, doch wird bei dem Vorgehen gegen die Opposition die Mithilfe der Sowjetstaatsgewalt einzuweisen noch nicht angefordert. Sollte es in dessen zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen den Anhängern der Parteimehrheit und der Opposition kommen, so würde wohl ein Eingreifen der S. P. W. nicht ausbleiben. Obgleich der Ausschluß der führenden Oppositionsmänner aus der Partei nunmehr erwartet wird, so macht die Opposition dennoch keinen eingeschücherten Eindruck und ihr Kampf um das Wort wird fortgesetzt.

Die Sowjetpresse und vor allem die „Pravda“ als führendes Organ der Partei nimmt in schroffer Form Stellung gegen die Opposition und erinnert daran, wie Lenin schon 1917 sich über die heutigen Oppositionsführer Kamenew und Sinowjew mit vernichtender Kritik geäußert hätte. Da Lenin in seinem jetzt ausgegrabenen Brief diese beiden Oppositionellen als „politische Streikbrecher“ bezeichnet hat, so gibt die „Pravda“ mit Bezugnahme darauf die Parole aus: „Unnachgiebiger Kampf gegen die Streikbrecher!“

Das Volk von Maragana hat bei den Gemeindevahlen den Konserwativen, die von Nordamerika Truppen herbeigerufen haben, eine schwere Niederlage bereitet.

Vor einem neuen Schulkompromiß

Fallen die Rechtsblockparteien auseinander?

Am Freitag gab es bei der Beratung des Schulgesetzes im Bildungsausschuß ein hartes Ringen der Parteien um die Bestimmung des Charakters der Gemeinschaftsschule, das die Widersprüche innerhalb der Regierungsparteien offen zum Ausdruck brachte. Hatte Ministerialdirektor Pellengahr noch am vorhergehenden Tage die Zustimmung der Regierung zu dem Antrag der Volkspartei, der Gemeinheitschule christlichen Charakter zu geben, erklärt, so stand dem die Erklärung des Ministers Kuehnel, der aus „ernsten verfassungsmäßigen Bedenken“ den Antrag ablehnte, gegenüber. Die Deutschnationale Partei ließ dann auch erklären, daß sie sich nunmehr der Stimme bei der Abstimmung des Antrages Runkel enthalten werde.

Sämtliche Anträge der Opposition wurden darauf von den Regierungsparteien abgelehnt, aber auch der Antrag des Volksparteiters Runkel mit 12 Stimmen der Opposition gegen 10 Stimmen der Regierungsparteien bei Enthaltung der Deutschnationalen.

Die Volkspartei stimmte darauf zwar für die Regierungsvorlage, ließ aber erklären, daß es sich um eine vorläufige Zustimmung handele und die Volkspartei sich ihre endgültige Stellungnahme vorbehalte.

Dieses heitere Spiel kennzeichnete der Genosse Schreck mit der eindeutigen Erklärung: Ich stelle fest, daß die Regierungsparteien auseinandergefallen sind.

In der weiteren Beratung des Abschnittes 3 des § 3, in der Biesler den Antrag der Sozialdemokratie, die Worte „in allen Klassen“ zu streichen, unter Hinweis auf die Anträge Hamburgs und mit pädagogischen Notwendigkeiten begründete, nahm der Regierungsvorredner Pellengahr aber vor Schluß der 8. Tagung nochmals Stellung zu dem Abf. 1 und 2 des § 3.

Damit ist die Aussprache über die bereits durch Abstimmung erledigten Abschnitte des § 3 wieder eröffnet.

Heute werden deshalb neue Erörterungen notwendig werden.

Wer bezahlt das Reichsschulgesetz?

Eine Eingabe des Deutschen Städtetages.

Nichts kennzeichnet die Reichstätigkeit der bürgerlichen Parteien bei der Behandlung des Reichsschulgesetzes besser als die Tatsache, daß man sich über die Kosten der Durchführung keine Sorgen macht. Die große Zahl von Zwerg- und Splittler-

schulen, die bei der Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten entstehen sollen, wird in jedem Falle einen erheblichen Aufwand erfordern. Das Reichsfinanzministerium lehnt es ab, die Kosten zu tragen und überläßt die Sorge dafür freudig den Ländern und Gemeinden, denen es die neuen Ausgaben aufbürdet, während es gleichzeitig nach außen hin eine Politik der Sparsamkeit proklamiert. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat nun in einer Eingabe an den Bildungsausschuß des Reichstages einen scharfen Protest gegen dieses Vorgehen eingelegt.

Der Spitzenverband der größeren deutschen Städte betont in der Eingabe, daß das Reich nach dem Reichsfinanzausgleichsgesetz den Gemeinden nur dann neue Aufgaben zuweisen darf, wenn es gleichzeitig die notwendigen Mittel bereitstellt. Durch das Reichsschulgesetz trete eine solche wesentliche Erweiterung der Gemeindegeldausgaben ein. Es gehe daher schlechterdings nicht an, daß das Reich sich der Verantwortung für die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes entzieht.

Nicht die Gemeinden sind es, die die Neugründung von Schulen betreiben. Vielmehr will das Reich das tun, indem es das Antragsrecht der Erziehungsberechtigten einschaltet. Die Gemeinden sind gezwungen, die Schulen nach diesen Anträgen einzurichten; dabei haben sie auf die Willensbildung dieser durch Bekenntnis und Weltanschauung zusammengehaltenen Gruppen keinen Einfluß.

Der Städtetag lehnt es aufs entschiedenste ab, daß den Gemeinden diese neuen Lasten auferlegt werden, ohne daß ihnen gleichzeitig neue Einnahmen zur Verfügung stehen. Eine amtliche Kostenrechnung ist bisher nicht aufgestellt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß eine sehr beträchtliche Steigerung der Volksschulsausgaben durch das Gesetz eintreten wird. Einmal müssen höhere Aufwendungen für Lehrergehälter erfolgen. Dazu kommen aber die einmaligen hohen Ausgaben für Schulneubauten. Diese könnten nur auf dem Anleihewege gedeckt werden. Es ist doch bekannt, welche Schwierigkeiten dem entgegenstehen. (Das Reich sieht derartige Ausgaben als unproduktiv an und gestaltet dafür keine Staatsanleihen. Red.) Schon jetzt sind die Gemeinden zum Beispiel in Preußen mit Volksschulsausgaben derartig belastet, daß sie diese als unerträglich bezeichnen. Demnach hält der Städtetag seine Forderung auf Kostenentlastung durch das Reich in vollem Umfange aufrecht.

Man kann gespannt sein, wie das Reichsinnenministerium und der Reichsfinanzminister auf diese begründeten Vorstellungen der Gemeindevorsteher reagieren wird.

Hindenburg-Feier im Ausland.

Die Mißachtung der Republik. — Was sich Auslandsdeutsche erlauben dürfen.

Der berühmte Flottenrat, über den der Reichskanzler Luther gestirnt ist, sollte angeblich in den deutschen Kolonien des Auslandes Frieden stiften. Man hatte sich eingeredet, das Zeigen der Nationalflagge und der Handelsflagge auf den Amtsgebäuden werde die Geister versöhnen. Aber die Wirkung ist die gegenteilige gewesen. Die Schwäche des Auswärtigen Amtes hat immer neue Frechheiten der Rationalisten zur Folge.

Um ein Beispiel herauszugreifen: In Porto Alegre, der von zahlreichen Deutschen bewohnten Hauptstadt des südbrasilianischen Staates Rio Grande do Sul, fand in diesem Jahr eine Verfassungsfeier überhaupt nicht statt — angeblich wegen Abwesenheit des Konsuls. Der dortige Berufsconsul hat diesmal die Verfassungsfeier ebenso umgangen wie im Jahre vorher der Gesandte in Rio. Nicht einmal ihre Vertreter haben einen amtlichen Empfang veranstaltet. Das sind die selben Beamten der Republik, die durchreisenden Konsuln ihre Aufmerksamkeit machen, die aber an Festlichkeiten der deutschen Kolonie auch dann teilnehmen, wenn Schwarzrotgold nicht gezeigt wird!

Bei solcher monarchischer Knechtseligkeit amtlicher deutscher Vertreter ist es dann kein Wunder, daß manche deutschen Auslandszeitungen, wie z. B. der „Upwaldsbote“ in Blumenau, die deutsche Republik fortgesetzt in gemeiner Weise beschimpfen, ohne daß die Gesandtschaft protestiert oder einen Strafantrag gestellt hätte, für den das brasilianische Presserecht eine genügende Handhabe bietet. So darf dann eine solche Zeitung unentwegt gegen die „Schieberrepublik“, gegen die „Flagge des Verrates und Meineides“ in einem Lande schimpfen, wo man den Kult der Nationalflagge so weit treibt, daß jeder Bürger vor ihr den Hut zieht.

Wenn freilich die amtlichen Vertreter des Reiches solche Beschimpfungen der Heimat durchgehen lassen, dann darf man sich auch über pöbelhafte Äußerungen nicht wundern. Die „Neue Deutsche

Zeitung“ in Porto Alegre veröffentlicht am 3. Oktober den Wortlaut der Hindenburg-Ansprache eines Pfarrers Falkenberg. Der hat u. a. mit den folgenden „hinzureichenden Worten“ den greifen Feldmarschall und Reichspräsidenten geehrt:

„Und als dann aufs neue Sturmnot losbrach, als Fieber über Fieber den deutschen Körper schütteln, als eine deutsche Jugend sich wehrlos ergab, und wie vor Schmerz zusammendrehen, ja um die Schande nicht zu überleben zur Waffe greifen, als die Politik zu schmutzigsten Geschäften benützt wird, man denke an die Namen Erzberger, Hoffe, an alle die tausend sozialistischen Landräte, als Ebert stirbt, der erste Wahlgang unentschieden ist, da gibt er sich her, der Greis, verzichtet auf des Lebens Feierabend und wird zum Ketter in der Rot...“

Nun soll zwar dieser edle, vom preussischen Oberkirchenrat in die evangelische Diaspora entsandte Seelsorger die gemeinsten Anschuldigungen aus angeblicher Rücksicht auf den anwesenden deutschen Konsul nicht gesagt haben — sie sollen nur durch „ein Versehen“ gedruckt worden sein —, aber das ändert nichts an der erbärmlichen Tatsache, daß ein Kirchenbeamter derartige Niederträchtigkeiten gegen Volksgenossen hat sagen wollen und hat drucken lassen. Das ist der Dienst an der „Volksgemeinschaft“, wie dieser Seelsorger ihn auffaßt. „Ein Volk gilt so viel, als es vom Ausland geachtet wird“, sagte dieser Patriot in demselben Atemzuge, mit dem er durch seine Niederträchtigkeiten sein eigenes Volk der Verachtung dieses selben Auslandes preisgibt.

Wann wird der Oberkirchenrat der von der deutschen Republik unterhaltenen Kirche gegen einen Beamten eingreifen, der sich schon außerordentlich derart schamlos aufführt? Wie lange wird der Reichspräsident es dulden, daß sein Name derart zu Schmähungen mißbraucht wird? Wann endlich wird das Auswärtige Amt seinen Beamten den Respekt vor Schwarzrotgold beibringen?

Polen zerstört eine Weichselbrücke.

Ist solcher Wahnsinn erlaubt?

Elbing, 11. November.

Die Volksversammlung der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Westpreußen und das westliche Ostpreußen, Sitz Elbing, hat eine Entschlieung gefaßt, die verlangt, daß entgegen der polnischen Absicht der Besetzung der Eisenbahn- und Schiffsbrücke über die Weichsel bei Marienwerder-Münsterwalde die Reichs- und die Staatsregierung sich bemühen, diesen einzigen unmittelbaren Weichselübergang zwischen Ostpreußen und Polen zu erhalten.

Gefang mit Kettenkürren.

Aus den litauischen Gefängnissen.

Kowno, 11. November.

Im Gefängnis der Kreisstadt Telschi sitzt eine besonders große Zahl politischer Gefangener. Das Gefängnis liegt in der belebtesten Gegend. Die Gefangenen haben in letzter Zeit wiederholt von den Festen ihrer Zellen aus revolutionäre Ansprachen an das Straßenpublikum gerichtet, politische Couplets gesungen usw. Es sind strenge Strafen dafür verhängt worden,

ohne daß die Gefangenen dieses Treiben eingestellt haben. Der offiziöse „Litwa“ verlangt die Ueberführung dieser Gefangenen in ein isoliertes Konzentrationslager und äußert sich besonders empört darüber, daß die Gefangenen, wenn sie in die Badeanstalt geführt werden, beim Gang durch die Straßen Revolutionslieder singen und „zur Begleitung der Melodie mit ihren Ketten klirren“, was stets zu großen Aufläufen und Tumulten führe.

Demonstrationen in Belgien.

Gegen Alkoholfreigabe, für kürzeren Militärdienst.

Brüssel, 11. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Vanderveelde sprach in Brüssel in einer großen Versammlung der Gastwirte gegen die Alkoholfreigabe einberufen worden war. Vanderveelde erklärte, daß die Sozialistische Partei entschlossen sei, bis zum letzten Atemzuge für die Aufrechterhaltung dieses Gesetzes zu kämpfen. Es bewahre — ohne in Ueber-treibungen der Prohibition zu verfallen — die Arbeiterklasse vor der Vergiftung durch Alkohol.

In Quaregon, im Kohlenrevier Borinage, demonstrierten ungeachtet strömenden Regens 30 000 Personen für die sechsmonatige Militärdienstzeit.

Bereitete Vertuschungsversuche.

Die Bürgerlichen müssen in der Befoldungsfrage Farbe bekennen.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt führte in seiner Sitzung vom Freitag die Beratung des Beamtenbefoldungsgesetzes zu Ende.

Der sozialdemokratische Antrag, über den gestern bereits beraten worden war, den Offizieren vom Generalmajor aufwärts, keine Entschädigung für besondere Abnutzung der Dienstbekleidung zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Einstimmig wurde auch eine Entschlebung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, in den Ausführungsbestimmungen eine Regelung durchzuführen, die bezüglich der Anrechnung des Befoldungsdienstalters der technisch vorgebildeten Beamten eine volle Angleichung an das Befoldungsdienstalter der anderen Beamten gewährleistet.

Die Frage, ob die Dienstbezüge monatlich oder vierteljährlich im Voraus zu zahlen seien, rief eine längere Diskussion hervor. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß

die vierteljährliche Vorauszahlung

eingeführt werden müsse, sobald es finanziell durchführbar sei. Bei der gegenwärtigen Finanzlage sei dies aber unmöglich. Es blieb denn auch bei der Fassung der Regierungsvorlage.

Ueber Abschnitt V: Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge erstattete Genosse Rohmann ein ausführliches Referat, das entsprechend einem deutschnationalen Antrag ebenso wie letzterzeit das des Genossen Steinkopf wörtlich in das Protokoll aufgenommen und unverzüglich gedruckt den Mitgliedern des Ausschusses zugestellt werden soll. Die Beratung des Abschnitts V wurde nach der Beratung des Gruppenaufbaues zurückgestellt. Da im Zusammenhang mit diesem Abschnitt auch noch einige andere Paragraphen zurückgestellt wurden, kam die erste Beratung des Gesetzes schneller zum Abschluß als angenommen worden war.

Beim letzten Paragraphen gab Abg. Lutz (Wirtsch. Vereinigung) die Erklärung ab, daß seine Fraktion nur dann dem Gesetz die Zustimmung geben werde, wenn im kommenden Etat für 1928 gegen den Etat von 1927 Einsparungen in der Gesamthöhe von 10 Proz. vorgesehen wären, so daß den Versprechungen des Reichsfinanzministers gemäß neue Steuern zur Durchführung der Befoldungsordnung nicht nötig würden.

Eine lange und teilweise

fürmische Geschäftsordnungsdebatte

entspann sich sodann über die Frage, wie der Ausschuss nunmehr seine Beratungen gestalten solle. Ein Volkspremier regte an, die Beratung der zurückgestellten Teile und des Gruppenaufbaues einem Unterausschuss zu überweisen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten traten diesem ersten Versuch, die Beratung eines großen und des wichtigsten Teiles der ganzen Befoldungsreform

in der Dunkelkammer eines Unterausschusses

stattfinden zu lassen, mit der größten Entschiedenheit und dem Erfolg entgegen, daß die Anregung fallen gelassen wurde.

Die Regierungsparteien machten dann den Vorschlag, die Beratung der Befoldungsgruppen zwar im Plenum des Haushaltsausschusses vorzunehmen, aber von hinten mit der Gruppe D: Postbeamte beim Reichswassererschuss, zu beginnen. Dann sollte Gruppe C: Soldaten der Wehrmacht, darauf Gruppe B: feste Gehälter, und zuletzt erst Gruppe A: Aufstellung des Gehältes der Beamten, in Beratung genommen werden. Erst als ihnen von allen Rednern der Opposition die Unmöglichkeit eines solchen Vorgehens nachgewiesen wurde, da die Gruppe A die Grundtöne bildet, auf der das ganze Gebäude der Befoldungsreform errichtet ist, ließen sie zögernd auch diesen Vorschlag fallen, und stimmten zu, daß Sonnabend mit der Beratung der Gruppe A begonnen werde.

Diese Ausschüßte der Regierungsparteien, nun endlich an das Kernproblem der ganzen Befoldungsreform heranzugehen, beruhen im vorliegenden Fall wohl weniger auf bösem Willen als auf der Tatsache, daß

man in der Koalition noch immer nicht einig geworden ist, was man nun eigentlich den Beamten gewähren wolle.

Um diesen blamablen Zustand solange als möglich zu verhelfen, wurden all die sachlich und logisch unmöglichen Vorschläge gemacht. Jetzt endlich wird es nun für die Regierungsparteien heißen, nicht nur den Mund spüren, sondern auch pfeifen.

Der bedingte Straferlass.

Die Bürgerlichen gegen das Recht auf Bewährungsfrist.

Der Reichstagsausschuss für die Strafrechtsreform beriet vorgestern und gestern die Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs über den bedingten Straferlass. Nach dem Entwurf soll das Gericht bei der Beurteilung zu Gefängnis- oder Einschließungsstrafen bis zu 6 Monaten oder zu Geldstrafen anordnen können, daß die Strafe nicht vollstreckt wird, wenn sich der Verurteilte während einer Probezeit gut führt.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu den hier einschlägigen Paragraphen eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die von den Genossen Vandeberg und Dr. Kurt Rosenfeld begründet wurden. Diese Anträge hatten zum Ziel, eine Berechtigung der Anwendung des bedingten Straferlasses zu erreichen. Die Genossen gingen davon aus, daß sich die bisher schon mögliche Bewährungsfrist in der Praxis als nützlich erwiesen hätte und daß es darauf ankomme, das Erziehungsmittel in höherem Maße als bisher zur Anwendung zu bringen.

Obgleich der Grundgedanke der sozialdemokratischen Anträge in diesen Punkten Zustimmung fand, wurden doch sämtliche Anträge unserer Fraktion abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses ging dabei soweit, sogar einen Antrag abzulehnen, der die Möglichkeit schaffen sollte, eine Probezeit von nur einem Jahre festzusetzen. Schon bisher ist in manchen Einzelstaaten eine so kurze Probezeit möglich gewesen. Die Beschlußfassung des Ausschusses zeigt, daß die Mehrheit nicht nur Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes ablehnt, sondern ihn sogar noch verschlechtert. Die Weiterberatung der folgenden Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs wurde auf nächsten Donnerstag vertagt.

Der Deutsche Klub in Sofia hatte sich kürzlich die Geschmackslosigkeit der Reichslegation zu bestreiten. Nachdem in der deutschen republikanischen Presse vieler Standal zur Sprache gebracht wurde, hat der deutsche Gesandte in Sofia eingegriffen und einen Beschluß des Vorstandes der deutschen Kolonie und des Deutschen Klubs bewirkt, wonach bei förmlichen offiziellen Anlässen in Zukunft die schwarzrotgoldene Reichsflagge gehiebt werden wird.

Der Fall Birk.



Durch die kommunistische Fassade lugt immer noch der zaristische Geist.

Reparationsagent und Gemeinden.

Bezeichnender Zwischenfall auf der Landgemeindegtagung.

Am Schluß der gestrigen Tagung der preussischen Landgemeinden ereignete sich ein Zwischenfall, der für die Denkwürdigkeit unserer Rationalisten und für die Wirkungen der deutschnationalen Presselampagne im Lande außerordentlich bezeichnend ist. In seiner Schlussansprache gab das Vorstandsmittglied des Landgemeindevorstandes, Gemeindevorsteher Staffelt, einen Überblick über die Ergebnisse der Beratungen und stellte dabei mit Genugtuung fest, daß der preussische Innenminister bei seinem Vortrag über die neue Landgemeindegordnung die von mancher Seite erhobene Forderung nach allgemeiner Einführung der Landbürgermeistereien sich nicht zu eigen gemacht habe. Dann aber fuhr Staffelt fort:

Die Einführung von Landbürgermeistereien würde erhebliche Kosten verursachen, die im Widerspruch zu der allgemein geforderten Sparpolitik stehen. Der Reparationsagent Parker Gilbert, der in seinem bekannten Brief die Verschwendung der Länder gerügt habe, würde eine solche Verschwendung, wie die Einführung der Landbürgermeistereien, niemals dulden.

Man muß sich das vorstellen: Der Gemeindevorsteher einer kleinen Landgemeinde, der Beauftragte einiger hundert Bauern, beruft sich auf den Reparationsagenten, wenn er die Abänderung der Gemeindeverfassung bekämpfen will. Herr Staffelt zeigt sich sonst als nationaler Mann und dürfte der deutschnationalen Volkspartei nicht allzu fern stehen. Daß Parker Gilbert von solchen deutschnationalen als oberster Gesetzgeber gegen die Parlamente und Regierungen des Landes in Anspruch genommen wird, das ist wohl das Letzte, was er als Erfolg seines Schreibens erwartet hätte. Aber es kennzeichnet die Denkart jener Parlamentarier, denen jeder Diktator, auch wenn er vom Entente-Kapital eingeleitet wäre, lieber ist, als das Zusammenwirken mit Volksgenossen, die anderer Meinung sind.

Landgemeinden und Verwaltungsreform.

Im Anschluß an die Ministerreden, über die wir in unserer gestrigen Abendausgabe bereits berichteten, sprach vor dem Landgemeindegtag der Verbandeleiter Dr. Gerke über Finanz- und Verwaltungsreform. Er betonte, daß Einsparungen bei den Landgemeinden kaum mehr möglich sind und verteidigte im übrigen den Anspruch der Landgemeinden auf Selbstverwaltung. Das Reichsschulgesetz dürfe, so betonte er im Laufe seines Referates, den Landgemeinden keine finanziellen Reibekassationen bringen. Der Redner wandte sich gegen die Praxis der Eingemeindung, die oft gegen den Willen der Landgemeinden und Gutsbezirke erfolge.

Volkspartei und Einheitsstaat.

Für Verwaltungs- und Verfassungsreform — aber auch für Abbau sozialer Aufwendungen und der Kommunalpolitik.

Partei Vorstand und Parteiaussschuss der Deutschen Volkspartei haben gestern eine größere Entschlebung gefaßt, die feststellt, daß der Reparationsagent gegen die vorliegenden Reichsgesetzentwürfe keinen Einspruch erhoben habe. Sie verlangen die schleunigste Verabschiedung des Befoldungsentwurfs und des Kriegsschadensschußgesetzes.

In einem weiteren Teil fordert die Volkspartei eine durchgreifende Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor einer Änderung der Verfassung, soweit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt, nicht halt machen darf. Sie legt sich ferner für einen Abbau der Steuern, insbesondere der Realsteuern ein, die einen schweren Schlag gegen die Kommunen bedeuten würde. Das ist um so mehr festzuhalten, als sich die Volkspartei sonst immer als eine Schutzherrin der Gemeindevirtschaft ausweist und eine große Zahl von Oberbürgermeistern in ihren Reihen hat. Ebenso verlangt sie einen Abbau der sozialen Lasten, der praktisch einen Abbau der Sozialpolitik bedeuten würde.

In gleicher Linie liegt der Teil der Rundgebung, der die Aufnahme von Anleihen für die Gemeinden eingeschränkt sehen will. Unklar ist die Forderung, die dahin geht, man wolle einen geeigneten Weg suchen, um die hemmungslose Bewilligung von Mehrausgaben durch das Parlament einzuschränken. Spielt etwa auch die Volkspartei mit dem Gedanken eines Finanzdikators, den der sozialdemokratische Redner im Haushaltsausschuss des Reichstages mit Recht als absurd zurückgewiesen hat?

Staatstreue Kommunisten.

Das Amt geht über die Partei — erklären neugewählte Stadträte.

Köln, 11. November. (Eigenbericht.)

In der bei Köln gelegenen Stadt Wiesdorf sind die kommunistischen Stadtorordneten Specht und Pauli mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten zu unbesoldeten Stadträten gewählt worden. Vor ihrem Amtsantritt übermittelten Specht und Pauli dem Bürgermeister eine schriftliche Erklärung, die folgenden Wortlaut hat:

„Es ist mir bewußt, mit der Annahme des Beigeordnetenamtes Beamter und Untergebener des Bürgermeisters geworden zu sein mit der Verpflichtung des dienstlichen Gehorsams gegen Stadt, Land und Kreis und die gesetzlichen Anordnungen ihrer Organe. Ich bin gewillt, mich dieser Verpflichtung zu unterziehen. Insbesondere erkenne ich die Reichs- und Staatsverfassung für mich als bindend an. Ferner verpflichte ich mich, in der Verwaltung positiver Mitarbeit zu leisten.“

Etwaige Instruktionen der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale sind für mich als Beigeordneten nicht maßgebend, vielmehr werde ich mein Amt stets pflichtgemäß im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteipolitik führen. Unterzeichnet verpflichtet sich zu einer solchen Mitarbeit. Insofern ich nicht durch Anordnungen des Bürgermeisters oder der Reichs- und Staatsbehörden gezwungen bin, werde ich mich nur nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen entscheiden. Hierbei werde ich mich nicht von den Interessen eines einzelnen Standes, sondern von denen der Allgemeinheit leiten lassen.“

Diese geradezu törichte Erklärung hat der Wiesdorfer Bürgermeister in dankenswerter Weise durch den „Wiesdorfer Generalanzeiger“ der Öffentlichkeit übergeben. Die Kommunisten toben natürlich über diese Veröffentlichung, die im Widerspruch zu den demagogischen Parolen ihrer Partei steht.“

Eine stabilisierte Linkeregierung.

Mißtrauensvoten gegen das Mecklenburger Kabinett abgelehnt.

Schwerin, 11. November. (Eigenbericht.)

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Mecklenburgischen Landtag hatte gegen die Regierung ein Mißtrauensvotum eingebracht, weil sie die von der Volkspartei geforderte Entlassung eines sozialdemokratischen Landeschulrats verweigert hatte. Dieser Antrag wurde am Freitag mit 20 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Ein Mißtrauensantrag der deutschnationalen Fraktion, der sich speziell gegen den Kultusminister richtete, verfiel gleichfalls der Ablehnung mit 24 gegen 22 Stimmen.

Oesterreichisch-deutsches Einheitsrecht.

Tagung des interstaatlichen Strafrechtsausschusses.

Am 15. November beginnen in Wien die auf zwei Tage berechneten Beratungen der Ausschüsse des österreichischen und deutschen Parlaments über den Strafgesetzentwurf. An diesen Beratungen, die sich später — je nach Bedarf — wiederholen sollen, werden zehn deutsche und sechs österreichische Abgeordnete teilnehmen. Die sozialdemokratischen Fraktionen werden vertreten sein durch die Genossen Dr. Kerner und Dr. Eister, Wien, und durch die Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, und W. Gaenger, München.

Reichswehrauto verunglückt.

Mehrere Schwerverletzte.

Schwerin, 11. November.

In der Nähe der Stadt Gadebusch verunglückte ein mit 15 Reichswehrsoldaten besetzter Postkraftwagen. Dem Fahrer des Kraftwagens gelang es nicht, einem größeren Stein, der wegen der Neuausschüttung der Chauffee dorthin gelegt worden war, auszuweichen. Durch den Anprall geriet der Wagen gegen einen Baum, so daß fast alle Insassen heruntergeschleudert wurden. Ein Reichswehrsoldat erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, ein anderer eine erhebliche Beckenquetschung, mehrere Soldaten leichtere Verletzungen.

Die Rathausuhr wird aufgezoogen.



Wie viele Berliner kennen Berlin? Wie viele von den Berlinern, die ihre Chronometer nach der großen Normaluhr des Roten Hauses richten, wissen, daß diese Uhr in ihrer Art in der Welt einzig dasteht und daß jede Woche einmal — die meisten großen Uhren haben ja elektrischen Antrieb — zwei Männer in den Turm hinauf müssen, um das Werk aufzuziehen, zu öfen, zu regulieren und in Ordnung zu halten.

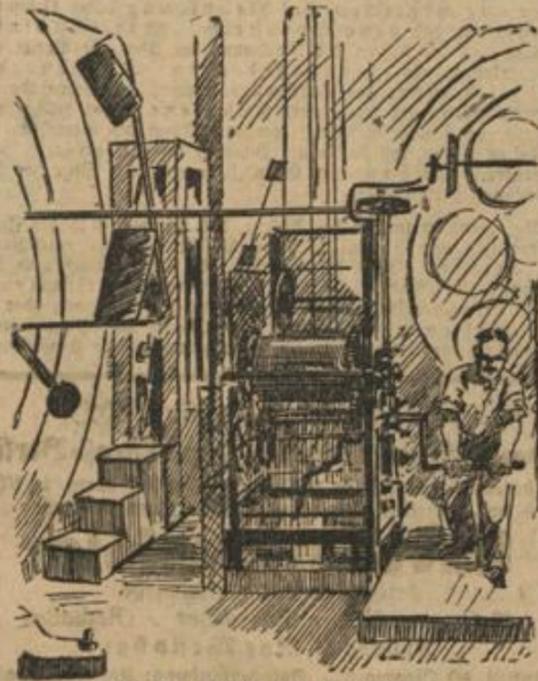
Die beiden Männer, die das besorgen und sich spaffhaft die „höchsten Beamten“ Berlins nennen, sind die Brüder Kieselring. Beide sind Uhrmachermeister, der eine betreibt sein Geschäft im Norden, der andere im Westen. Das Originelle dabei aber ist, daß die Brüder Kieselring Zwillinge sind und bereits seit 23 Jahren an einem bestimmten Tag, Woche für Woche, zur festgesetzten Stunde abends an einem Portal des Rathauses treffen, um ihre Arbeit zu besorgen. Bis zu den Gemächern dort oben, wo man die Uhr untergebracht hat, ist es ein langer Weg. Zuerst geht es durch ein Labyrinth von Gängen, Fluren und Zimmern, dann müssen 31 Stufen auf gemauerte, steile Treppe erklimmt werden. Bis man bei der Rathausuhr angelangt ist. Eulen, Lauben, Stiehmäuse und anderes Getier, wie es in anderen Türmen zu Hause ist, gibt es im Rathausurm nicht. Fenster und Lüken schließen Nacht. Nur die Herzschläge der Riesenuhr, das monotone Lied des zweieinhalb Meter-Pendels, das ist das einzig Lebende in diesem Turm.

Die Brüder Kieselring beginnen ihre Arbeit. Dabei ziehen sie ihre Joden aus, und es ist recht so, denn die Arbeit ist schwer, und man kann dabei wirklich ins Schwitzen kommen. Drei Gewicht, jedes fünf Zentner schwer, die an Stahlseilen in einem 26 Meter langen Schacht hängen, müssen hochgemundet werden. Das dauert, wenn beide Uhrmacher sich beim Kurbeln abwechseln und sogar fünfzig sind, mindestens eine Stunde. Wenn das Schlagwerk einmal gedreht werden muß, haben die beiden Uhrmacher die Aufgabe, noch 91 Stufen höher zu steigen. Wie zwei Eichhähne müssen sie dann von einer schmalen Plattform in 100 Meter Höhe auf Eisenpfosten auf die Turmspitze klettern, auf der die Stunden- und Viertelstundenglocken gleich mächtigen Helmern aufgestellt sind. Der Anblick, den Berlin von hieraus bietet, wird jedem, der einmal das Glück gehabt hat, mit den beiden Uhrmachern auf den Turm zu klettern, unvergesslich bleiben. Die im Abendhimmel leuchtenden grünen Kupferdächer der Paroischkirche, des Domes und des einstigen königlichen Schlosses, die gewaltigen Strohdächer, die mächtigen Bauten, Parks und Anlagen, und dazwischen der Riesenverkehr, das alles gibt ein so überwältigendes, herrliches Bild, wie es der von Berlin abwärts liegende Funkturm nicht bieten kann.

Wenn man dann wieder beim Räderwerk der Uhr landet, staunt man erneut über die Riesenmasse dieser Turmuhr. Jede Uhrziffer mißt etwa sechzig Zentimeter. Der Minutenzeiger ist zweieinhalb Meter lang. Die Zifferblätter, es sind vier — nach jeder Himmelsrichtung eins —, haben einen Durch-

messer von fünf Metern. Sechzehn elektrische Lampen, jede Birne mit 500 Kerzen, also zusammen 8000 Kerzen, erleuchten die Zifferblätter des Abends.

Das Pendel bekommt seinen Antrieb durch den Tritt eines kleinen Stiefels. An diesen knüpft sich eine hübsche Geschichte. Rannhard, der Konstrukteur der Uhr, der berühmteste Turmuhrmacher seiner Zeit, zuerst einfacher bayerischer Hirtenbube, wurde von dem Erbauer des Rathauses, Waeßemann, des östern „getreten“, weil die veranschlagte Zeit zum Aufstellen der Uhr überschritten war. Der Turmuhrkünstler rächte sich. Er baute als Antrieb des Pendels ein Stiefelchen und befestigte dar-



Bei der Arbeit des Aufziehens.

auf das Bild Waeßemanns. Auf den Pendelbügel aber brachte er sein eigenes Bild an und schrieb darunter: „So ist er von dem Herrn Geheimen Baurat einen Tritt erhielt, sei er stets so höflich gewesen, mit einer stummen Verbeugung zu antworten.“ Bilder und Aufschrift sind zwar verschwunden, aber das Stiefelchen gibt noch wie vor dem Pendel alle halbe Minute einen kleinen „Tritt“.

Militärrenten für Dezember.

Da es nicht möglich erscheint, daß die dem Reichstag vorliegende Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes so rechtzeitig verabschiedet werden kann, daß die Ende November fälligen Militärrenten für Dezember nach dem neuen Gesetz zur Auszahlung gelangen können, ist eine nochmalige Vorschuhzahlung angeordnet worden. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, wird die gegenwärtige Zulage auf die bisherigen Grundbeträge von 22 Proz. für alle Rentenempfänger für die Zahlung der Dezemberbezüge bei den Beschädigten auf 60 Proz., bei den Hinterbliebenen aber auf nur 30 Proz. erhöht. Die so für Dezember zur Auszahlung gelangenden Beträge bewegen sich in der ungefähren Höhe der Auswirkung des von den Organisationen als unzureichend bezeichneten Regierungsentwurfs. Die Zusatzrenten, die von den Fürsorgestellen gezahlt werden, werden nicht erhöht, sondern kommen in der bisherigen Höhe weiter zur Auszahlung.

„Bitte ohne Drohungen, Genosse. Wir nehmen überhaupt keine Projekte, die von anderer Seite kommen, an. Die Projekte aber, die uns vorgelegt werden, bewahren wir als Zeitdokumente für die Geschichte, ohne sie anzusehen, auf. Wir sind Feinde aller fragwürdigen Pläne und Unternehmungen. Man muß unseren Genossen alle Lust zu neuen Abenteuern nehmen, und das wird die beste Garantie gegen alle möglichen desorganisierten Einfälle sein.“

„Gib lachte, stecke seine Pfeife in den Mund, sah Badjin an und begegnete wieder seinem Lächeln, das tief in den Augen versteckt war.“

„Unsere Stiefel stinken nach Staub, Genosse Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates, und auf den Sohlen haben sie eiserne Nägel. Und unsere Hände kennen Gewehr und Hammer. Das müßten Sie als Kommunist spüren. Sie sind Kommunist und haben keine Ahnung von einer Arbeiterpolitik. Sie haben weder Pulver noch Arbeiterschweiß gerochen. Ich spucke auf eure Maschinerie... Ihr habt dort alle Fächer voller Ratten. Sie haben ihre Zähne fest am leichtverdienten Sowjetbrot gewetzt. Bei euch wird alles schön vertuscht — nach Stunden, Rädern und Plänen wird alles fortirt — aber wir haben es satt, all dies unerdauliche Zeug zu schlucken.“

Schramms Augen füllten sich wieder mit schwerer Trübe, und er duckte seinen Rücken: „Genosse Badjin, ich verlange...“

Aber Gheb hörte nichts mehr — er ging durch die Feuerstreifen der Sonne zur Tür.

Zu Tschibis! — Niemanden braucht er jetzt so notwendig wie den Genossen Tschibis.

2. Augen, die nachts sehen.

Im keinen Arbeitszimmer mit den offenen Fenstern (das helle Licht hatte kaum Platz zwischen den vier Wänden) setzten sich Tschibis und Gheb vor den schweren Schreibtisch. Es schien, als ob Tschibis lächelte und nicht lächelte — sein Gesicht war wie hinter einem Reg. Als ob er aufrichtig, mit einer ausgelassenen Fröhlichkeit zwischen den Brauen, jeden Augenblick loslachen würde, und dann wieder schlau in sich verflochten bliebe. Eine Freude jürrt und verbreitet sich, und seine Runzeln um die Augen schmelzen.

„Du kannst, wenn du keine Zeit hast, alles sofort erzählen, Genosse Tschumalow, kannst es aber auch etwas später tun. Ich habe gerade einige freie Augenblicke. Du kannst reden, worüber du willst. Blagst dich sehr mit dem Werk?“

„Fall Wagner.“

Rückzugsgesicht um die Bauausstellung.

Die Berliner Presse beschäftigt sich sehr lebhaft mit den Vorgängen im Rathaus anlässlich der Beschlussfassung über die Dauerbauausstellung. Deutschnationale wie Kommunisten sind, wie vorauszusehen war, aufs eifrigste bestrebt, einen „Fall Wagner“ zu konstruieren, um dadurch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Lotzache abzuwenden, daß sie unter wichtigen Vorwänden wieder einmal Arm in Arm miteinander gegen das große Projekt gestimmt haben, das für die Entwicklung Berlins wie insbesondere für die Beschäftigung der arbeitslosen Massen von fast unübersehbarer Tragweite sein wird.

Genosse Dr. Wagner erklärt in einer Zuschrift an die Presse, daß er niemals daran gedacht habe, den Gedanken der Ausstellung zu sabotieren (der deutschnationale Stadtverordnete Rimbel hatte gegen ihn diesen Vorwurf erhoben, als der Stadtbaurat sich in einer persönlichen, ohne Zustimmung des Magistrats abgegebenen Erklärung für den kommunalistischen Antrag eingelegt hatte). Wir glauben, daß Genosse Wagner als der Schöpfer des großen Bauausstellungsplanes für das Messelgelände es nicht nötig hat, sich gegen einen solchen Vorwurf noch besonders zu verwahren. Im übrigen darf noch einmal festgestellt werden, daß es der entschiedenen Haltung der sozialdemokratischen Fraktion ausschließlich zu verdanken ist, daß die Vorlage in dem geplanten Umfang trotz aller Sabotageversuche der Rechtsparteien angenommen worden ist.

Der Generalstaatsanwalt meldet sich.

Justizkonflikt wegen des Heydebrand-Prozesses.

In dem Prozeß gegen den Regierungsrat v. Heydebrand, der aus § 211 des StGB. wegen Ermordung seiner Gattin angeklagt war, ist, wie bereits kurz mitgeteilt, von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt worden. In dem Prozeß gegen den Herzog von Ratibor, der aus § 222 StGB. wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht stand, erfolgt die Berufung durch die Staatsanwaltschaft.

Besondere Beachtung wird in der Öffentlichkeit die Revision der Staatsanwaltschaft im Falle des Regierungsrates v. Heydebrand finden. Hier deutet alles auf einen ungewöhnlich heftigen Kampf zwischen den einzelnen Instanzen der Justizverwaltung hin, der hinter den Kulissen stattfindet. Hatte doch die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen Heydebrand schon sehr früh wieder eingelegt, und erst auf Beschluss der Öffnungskammer war die Voruntersuchung erneut aufgenommen worden, so daß es zur Durchführung des Prozesses kam. Oberstaatsanwalt Dr. Möller selbst hatte noch Schluß der Beweisaufnahme Freisprechung des Angeklagten beantragt und lächelte sich dabei auf den allen Rechtsgrundlagen. Im Zweifelsfalle für den Angeklagten. Das Gericht entsprach dem Antrage der Staatsanwaltschaft. Jetzt hat der gleiche Oberstaatsanwalt in der gesetzlichen Frist, die sich aus dem § 385 StPD. ergibt, die Revision eingeleitet, und dies bedeutet nicht mehr oder weniger, als daß seine vorgelegte Behörde, der Generalstaatsanwalt in Breslau, die Haltung ihres Antrages, der ja während des Prozesses geradezu als Verteidiger des Angeklagten auftrat, mißbilligt. Eine Berufung kann der Oberstaatsanwalt selbstverständlich in diesem Falle nicht einlegen, da er ja dann gegen seinen eigenen Antrag Einspruch erheben würde. Der Generalstaatsanwalt und das preussische Justizministerium hatten Vertreter zu dem Prozeß entsandt, die besondere Berichte erstatteten. Man bemängelt, daß die polizeiliche Beweisermittlung unvollständig gewesen sei, daß das Gericht verümt habe, am Latort einen Lokaltersmin durchzuführen, und daß der Schädler der toten Frau v. Heydebrand nicht zur Stelle war, weshalb sich die Schließachverständigen lediglich auf die Angaben der Obduktionsärzte und auf Vermutungen stützen mußten. Angesichts der Haltung seiner vorgelegten Behörde, die ihm in keiner Weise zur Seite trat, soll Oberstaatsanwalt Möller die Absicht haben, die Konsequenzen zu ziehen und sein Amt zur Verfügung zu stellen. Die Revisionsverhandlung

„Vorläufig tun wir nichts anderes, als unser Hirn quälen — bis zur Arbeit ist's noch weit. Inzwischen brüllen wir aus vollem Halse.“

Tschibis hörte nicht, blinzelte mit seinen Augen der heißen Luft entgegen.

„Ich schaue jetzt grad aufs Meer. Wie eine Seifenblase ist es von hier aus: es bläst sich auf — und diese Farben, diese vielen Farben. Siehst du sie? Das ist kein Traum und keine Phantasie. Man möchte baden oder am Ufer entlang gehen. So ganz einfach: in eine andere Dimension hineinpringen und unsichtbar... Steinen ins Meer werfen. Und im Walde ist es auch schön. Das Meer... siehst du, wie es wogt und blüht? Ich bin hier und das Meer ist dort. Das habe ich für immer behalten. Verstehst du, was das heißt: für immer?... Das riecht ein wenig nach Psychologie. Was hältst du von Psychologie?“

„Ach, zum Teufel!... Nun, freu dich und mach einen Purzelbaum... Was ist denn eigentlich los?“

Auf Tschibis' Gesicht ist kein Lächeln, sondern Staub. Er hob die Wimpern, und der Staub war wie weggeblasen. Und es schien, als ob er Gheb mit Kinderaugen, ganz nah, Aug in Aug, von innen heraus ansah. Schien es nur Gheb oder hatte Tschibis sich vergessen — in seinen Augen erglänzte eine Träne, wie bei einem Kinde. Und hinter diesem kindlichen Tröpflein war ein unerhaschbarer, schwarzer Punkt. Und dieser schwarze Punkt spielte, hüpfte und ritz sich von dem Tränenröpflein weg, flog tief ins Innere, verschwand, kam wieder zum Vorschein und spielte wieder. Und Gheb konnte nicht begreifen, warum dieser schwarze Punkt ihn so schmerzhaft am Herzen gepackt hatte. Und er fühlte, daß in diesem fliehenden, spielenden Punkte ein ganz außergewöhnlicher, Tschibis gehörender Teufel herumwirbelte. Versteckte vielleicht Tschibis deshalb seine Augen unter dem Neze der Wimpern, damit er, Gheb, und alle anderen diesen Teufel nicht sehen sollten?

Gheb hob seine Augenbrauen und wartete auf Tschibis' Worte.

Tröpflein von Kindertränen — und hinter diesen Tröpflein ein aufrührerischer Teufel. Solche Augen schlafen nicht in der Nacht; sie sehen durch Wände, und die Wände glühen von seltsamem Feuer. Tschibis hat eigene Worte, die nie ausgesprochen sein werden: in nächtlichen Bildern graben sie sich nur in die Zellen des Hirns ein. Er spricht mit fremden, unverständlichen Worten, und sie verschmelzen in einem kindlichen Lächeln. (Fortsetzung folgt.)

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

In den Augen des Vorsitzenden des Exekutivkomitees flammten feurige Tropfen auf.

„Du wirst nicht dagegen sprechen: wir werden dich zwingen können — nimm das zur Kenntnis. Bei der nächsten Sitzung der Wirtschaftskonferenz wirst du Bericht erstatten. Und jetzt noch eine Frage: ist es dir bekannt, daß das von dir behütete Volkvermögen öffentlich geplündert wird?“

Schramms Gesicht übergoß sich mit Blut und seine Augen wurden trübe.

„Das ist mir nicht bekannt. Nach den Resultaten der wiederholten Inventur ist alles noch vorhanden.“

Badjin lächelte so, wie er Bortschij angelächelt hatte.

„Ja, du hast recht: das ist, weil der Volkswirtschaftsrat auf dem formalen Standpunkt der Beschützung des Volkvermögens steht.“

Schramm sah Badjin voller Angst an und konnte nicht begreifen, was der Vorsitzende des Exekutivkomitees ihm gesagt hatte. Gheb schüttete die Asche aus seiner Pfeife. Der Knoten, der erste kleine Knoten, ist fest geschlungen. Andere müssen folgen. Er stand auf und drückte Badjins Hand. Begegnete einem Lächeln in seinen Augen, und dieses Lächeln war ruhig, und ohne Flakern im Gesicht.

„Genosse Vorsitzender, wir werden unsere Eingeweide zerreißen, unsere Knochen zerbrechen — aber unsere Sache werden wir machen.“

„Arbeiten Sie, Genosse Tschumalow. Die Frage der Inbetriebsetzung des Wertes werden wir in den nächsten Tagen beraten.“

Gheb stand soldatisch straff vor Schramm.

„Dieses, Ihr Industriebureau, schide ich dem Teufel in den Rachen!... Wir verstehen es, die Federn auszuklopfen. Den ganzen Volkswirtschaftsrat werden wir zusammen mit dem Industriebureau fortjagen und Abort reinigen lassen. Schimmel und Schlammerei wächst nur im Sumpf, wir werden aber auch den Sumpf trockenlegen.“

Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrats sah ihn erstaunt an. Das Blut wich aus seinem Gesicht, und in seinen Augen schmolz die schwere Trübe. Sein Gesicht wurde wieder unheimlich gespannt und unbeweglich-schwammig.

Man läßt sich Zeit.

Wer sorgt für die Wohnstraßen der Minderbemittelten?

„Gottes Röhren mahlen langsam“, sagt ein altes Sprichwort. Mit wieviel Berechtigung man sagen darf, daß die Röhre des Berliner Magistrats nicht schneller läuft, beweist die in der Nr. 517 des „Vorwärts“ veröffentlichte Rundgebung des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik. Man liest dort, daß über den vom 13. April 1926 datierten Antrag des Aktionskomitees betr. Anliegerbeiträge bei Kleinwohnungsstraßen, der dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung am 19. Mai 1926 zugestellt wurde, bis heute noch nicht entschieden ist. Noch immer ist der diese Angelegenheit behandelnde Ausschuß der Wohnungs- und Siedlungsdeputation der Stadt Berlin damit nicht fertig geworden.

Der „Vorwärts“ hat bereits im Juni 1926 auf die Bedeutung des Antrages hingewiesen. Der Antrag ersucht den Magistrat, mit aller nur möglichen Beschleunigung durch Ortspfandung zu bestimmen, daß neue Wohnstraßen möglichst einfach angelegt und die Kosten des Ausbaues der über die Breite einer Wohnverkehrsstraße hinausgehenden Straßenbreite (etwa zur Aufnahme des Durchgangsverkehrs) der Gemeinde oder den sonst in Betracht kommenden Nutznießern der größeren gemeinnützigen Anlage auferlegt werden. Kann die Gemeinde nicht die Kosten tragen, soll sie sie als Bauabgaben vom größeren Interessentenkreis nach bestimmten Grundätzen auf dem Wege der Ortspfandung zurückfordern.

Des weiteren fordert der Antrag, daß die nach § 15 des Mietminderungs-Gesetzes vom 2. Juli 1925 bei Anmietungen zu entrichtenden Anliegerbeiträge bei Straßen, die nach Länge und Ausstattung zu Wohnstraßen der Minderbemittelten besonders geeignet erscheinen (Kleinwohnungsstraßen), ganz oder teilweise erlassen werden, sofern die Gebäude an diesen Straßen hauptsächlich für Kleinwohnungen oder gemeinnützige Einrichtungen

(Kinderfürsorge, Fortbildung, Erholung und dergleichen mehr) dienen. Das ist eine Forderung, die auch im § 15 des preussischen Städtebaugesetzes vom 1925 enthalten ist. Schließlich fordert das Aktionskomitee, daß die nach dem Mietminderungs-Gesetz unter dem künftigen Städtebaugesetz fälligen Anliegerbeiträge im Sinne des Erlasses vom 4. Februar 1926 (II, 3, 110) des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt niedergeschlagen werden, wenn die Siedlungen an Straßen liegen, die vor Einführung der gegenwärtigen Währungsgebäude gebaut worden sind, und wenn auf diese Straßen ein Aufwertungsbeitrag von Stadtleihen nicht entfällt. Gestundet werden sollen auch anliegende Aufwertungsbeiträge von Stadtleihen. Das Aktionskomitee hat nachträglich noch verlangt, daß Beiträge zu den Kosten der Kanalisation nicht schematisch, ganz gleich, ob es sich um Mietkasernen oder Einfamilienhäuser handelt, auf 61 M. pro laufenden Meter der Grundstückfront festgelegt werden, sondern daß eine für den Stadtbau erträgliche Staffelform mindestens unter Berücksichtigung des Nutzungswertes statfinde.

Der Antrag wurde gleichzeitig dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung und auch dem preussischen Wohlfahrtsminister und dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg mitgeteilt. Die Stadtverordnetenversammlung hat von dem Eingang des Schreibens des Aktionskomitees vom 19. Mai 1926 in der Sitzung vom 1. Juni Kenntnis genommen und einen besonderen Beschluß nicht gefaßt. Es scheint, daß sich unsere Stadtväter damit zufriedengegeben haben. Das Aktionskomitee hat deswegen in Verfolg seines Beschlusses vom 20. Oktober d. J. die Vorstände sämtlicher Fraktionen des Stadtverordnetenkollegiums auf die Verschleppung dieser Angelegenheit nochmals aufmerksam gemacht. Der Magistrat der Stadt Berlin hat sehr lange überhaupt nichts von sich hören lassen. Nunmehr darf wohl das Aktionskomitee eine baldige Erledigung dieser Angelegenheit erwarten. Hoffentlich wird die wiederholte Rundgebung etwas stärkeren Wind in die Röhre des Berliner Magistrats setzen.

Geborgte Pracht.

Die Welt äußerer Herrlichkeit, die uns von der Bühne und der Filmleinwand, aus den Schaulustern und den modischen Schauffestungen entgegenstrahlt, hüllt das Meer der ewig wachsenden in wahre Chloroformdämpfe. Sie reifen unentwegt ins Märchenland der Wünsche. Aber da sieht kein Baum, der, wie zu des seligen Adenbrödel's Zeiten, ein neues Kleid beschert oder das nötige Kleingeld, um eines zu kaufen. Es bleibt bei der ungestillten Sehnsucht, dem heimlichstillsen Reid an den glücklichsten anderen und den chronischen Kullerungen nach dem Objekt schlafter Nächte. Was dem Kaiser recht ist, ist der Dame billig. Der gepumpte Grad hat jetzt seine weibliche Ergänzung, das geliebte Ballkleid, erhalten. Für 20 M. pro Abend gibt es eine tadellos neue und moderne Abendtoilette, und wer genug solcher Schöne besitzt, der kann mit ganz geringem, oder sogar auch ohne jeden abendlichen Kleiderfundus prächtig durch den Winter und seine Vergnügungen sitzen; dazu kommt noch das höchst angenehme Moment, bei jeder Gelegenheit in einer anderen Umrahmung auf der Bildfläche zu erscheinen. Die Westkanten auf diese „wandelbare Mode“ sollen nicht zahlreich sein, und zwar legen sie sich in der Hauptache aus jenen Kreisen zusammen, deren Verpflichtungen eine gewisse Eleganz erfordern, die nicht mit dem Berufskommen der Betroffenen nicht Hand in Hand zu gehen pflegt. Gepumpt wird also auf jeden Fall und so wählt man von zwei Liebeln das kleinere, besser gefaßt das billigere, und läßt sich eben die äußere Schönheit bloß.

Man pumpt oder nicht bloß Kleider, man läßt auch zu gesellschaftlichen Zwecken ganze Wohnungen, oder läßt sich seine eigene durch Lehnhilfen anders ausstatten. Die Villa wird zum „Apachenkeller“ (das Gegenteil wird wohl etwas schwerer halten), oder man verleiht sich und seine Gäste für einen Abend nach dem Orient mit seinen exotischen Teppichen, Wandbehängen, Japan, Indien, Spanien und andere ferne Länder rüber das betreffende Behältnis auf Wunsch und gegen entsprechende Bezahlung billig und vor unser Auge. Natürlich gehören diese vollständigen Risikoveränderungen schon zu den kostspieligeren Genüssen; dagegen ist das Leihen von Chierweiden, Tischwäsche, Tafelmusik und dergleichen ziemlich gang und gäbe geworden. Das Wirtchen „Stein, oder mein“ paßt wohl nicht mehr so recht in den großen Stil unserer Zeit. Ein Gesehensparagraf besagt zwar: die Schwäche eines anderen zum eigenen Vorteil auszunutzen, ist strafbar (und was ist schließlich in den meisten Fällen die Eier nach der „großen Einle“ anders?), doch hat sie letzten Endes das eine Gute für sich, leben und leben lassen! Unverantwortlich ist und bleibt natürlich das gesteigerte Luxusbedürfnis bei all denen, deren Weg ins „strahlende Licht“ feinsig und voller Abgründe ist.

Einsturzungsfall beim U-Bahn-Bau.

Bei Ausschachtungsarbeiten für die im Bau befindliche Untergrundbahn ereignete sich gestern vor dem Hause Frankfurter Allee 78 ein schweres Einsturzungsfall. Eine Arbeitergruppe war mit dem Verladen der Erdmassen in Kippwagen beschäftigt. Wöhlisch gaben einige Versteigungen nach, und die Erdmassen garteten ins Rutschen. Während es einigen Arbeitern gelang, rechtzeitig zur Seite zu springen, wurde der 33jährige Ferdinand Böttke aus der Türschwelle in die Tiefe von 28 m Vordamm gegen eine Kippwand gedrückt und verschüttet. Der Unglückliche, der noch kurzer Zeit geborgen werden konnte, hatte schwere innere Verletzungen erlitten und starb, bevor ein Arzt zur Stelle war.

Die Leibesübungen und der Städtetag.

Welche besondere Bedeutung der Städtetag den sportlichen Fragen beimißt, geht daraus hervor, daß er kürzlich beschloß, hat, einen besonderen Ausschuß für Sport und Leibesübungen zu bilden, in dem alle Fragen, die dieses Aufgabengebiet angehen, zur Beratung gelangen sollen. In dem Ausschuß sind führende Oberbürgermeister und städtische Deputierten aus allen Teilen des deutschen Reiches vertreten. Der Ausschuß des Städtetages wird aufs neue mit den zuständigen Ministerien, dem Reichsausschuss für Leibesübungen, dem Arbeiter-Sportkartell und den sonst in Frage kommenden Stellen zusammenarbeiten. Die erste Sitzung des Ausschusses, bei der wichtige Fragen zur Beratung gelangen werden, wird bereits demnächst stattfinden.

Eine seltsame Wohltäterin.

Die Taten der 28 Jahre alten Kontoristin Friede Krüger, die sich vor dem Schöffengericht Lichtenberg unter der Auflage des fortgesetzten Betruges zu verantworten hatte, sind geradweg ein Rätsel. Die Angeklagte ist sechs mal verurteilt. Seit Jahren ist es ihre Spezialität, alten Leuten Geld abzuschwindeln, um es an mildtätige Menschen zu verchenken. So hat sie einem Mädchen, das sie nicht kannte, ein Harmonium gekauft, und einem Studenten, der Geld zu Experimenten benötigte, ohne weiteres einen Betrag übergeben. Sie hatte sich im Sommer dieses Jahres auf Spielplätzen an alte Leute herangemacht, um diese in ein Gespräch und stellte sich als Schwester Ellen vom Wohlfahrtsamt vor. Sie erzählte den Leuten, daß aus Amerika Lebensmittelpakete an arme Leute nach Deutschland geschickt werden, das Wohlfahrtsamt aber kein Geld habe, das Porto dafür zu bezahlen. Sie forderte von den Leuten einen Betrag von 7,50 M. mit der Begründung, daß soviel das Porto ausmache. Jeder, der einen solchen Betrag an sie zahlte, kamme dann in den Besitz eines Paketes. In zahlreichen Fällen gelang es der Schwindlerin, den alten Frauen und Männern Geld abzunehmen. Dieses unredlich erzwungene Geld gebrauchte sie aber nicht für sich selbst, sondern sie verschwenkte es, um sich als Wohltäterin auszuspielen. Als sie schließlich verhaftet und ins Gefängnis übergeführt wurde, behauptete sie, daß es in ihrer Zelle hell geworden sei, sie habe Gott gesehen und mit diesem verkehrt. Das Mädchen, von dem man demnach annehmen muß, daß es geistig nicht zurechnungsfähig ist, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

„Brennendes Liebeswerben.“

Eine Brandstiftung eigener Art beschäftigt die Kriminalpolizei. Eine junge Hausangestellte in Mahlsdorf besuchte mit mehreren Freundinnen ein Vergnügen. Hier näherten sich ihr eine Anzahl junger Burschen, die alle Gefallen an ihr zu finden schienen. Einer entriß ihr den Haarschleier und verschwand damit. Das Mädchen fand aber trotzdem Einlaß. Nach Mitternacht erzwang sie durch ein Geräusch an der Tür der Schlafkammer, die abgeschlossen war. Sie kümmerte sich nicht darum und schlief bald wieder ein, nachdem alles ruhig geworden war. Am nächsten Morgen fand sie vor der Tür einen haufen Lumpen und Strohhalm, der angelockt gewesen war. Das Feuer hatte auch bereits den Wasser ergriffen, muß aber aus irgendwelcher Ur-

Bezirksverband Berlin SPD.
Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Morgen, Sonntag, den 13. November 1922, vorm. 11 Uhr,
im „Mercedes-Palast“ in Neukölln, Hermannstraße:
Revolutionsfeier
verbunden mit Parteibeize
Gesang / Film / Sprechchor / Rezitation
Ansprache: Max Westphal
Eintritt 50 Pfennig. — Fahrverbindung: Untergrundbahn
Station Boddinstrasse.

sache wieder erloschen sein, bevor es weitere Ausdehnung angenommen hätte. Die Kriminalpolizei, der Anzeige gemacht wurde, sorgte nun nach den Burschen und fand auch den, der den Schlüssel an sich gerissen hatte, und den die Hausangestellte nur dem Vornamen „Otto“ nach kannte. Er behauptet, daß er den Schlüssel nicht benutzt, sondern einem seiner Freunde überlassen habe. Dieser will ihn wieder einem anderen gegeben haben und so geht es weiter die ganze Reihe durch. Von dem Feuer will keiner etwas wissen. Zwei der Burschen, die am meisten beschuldigt erscheinen, wurden vorläufig festgenommen, der Schlüssel ist noch nicht wieder zur Stelle.

Staatsanwalt beantragt Freisprechung.

Aber das Gericht ist anderer Ansicht!

Die Staatsanwaltschaft warf dem Kassenboten Schütz Unterbringung von 10 400 Mark vor, während der Angeklagte, der sich deswegen gestern vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten hatte, behauptete, daß ihm dieser Betrag auf dem Wege zu seinem Gehalt, der Werner-L.-G. in Marienfelde, aus der Aktienmappe gestohlen worden sei.

Schütz hatte den Auftrag bekommen, von der Darmstädter Bank 46 000 M. abzuheben. Zur Begleitung und zur Bewachung war ihm der Kassenbote Renner auf den Weg mitgeschickt worden. Die beiden Kassenboten hatten sich nach der Abhebung des Betrages getrennt, nachdem Renner selbst einen Teil der Summe in seine Aktentasche übernommen hatte. Schütz war dann zur Reichsbank gefahren, um dort ein Kontobuch abzugeben. Wie verabredet, trafen sich dann beide Kassenboten wieder an der Haltestelle in der Charlottenstraße, um gemeinsam nach Marienfelde mit der Straßenbahn zu fahren. Bis zur Ankunft des Wagens warteten sie des Regens wegen in einem Hauseingang, in dem nach ihrer Angabe, mehrere andere Personen standen. Im Straßenbahnwagen setzte sich noch ein

junger Mann zwischen Beide. Während der Fahrt hatte Schütz seine Mappe vor sich auf den Fußboden gestellt. Als Schütz an der Kasse das Geld herausnehmen wollte, rief er sofort: „Da fehlt etwas.“ Es waren 10 400 M., gebündelt in 50- und 20-Mark-Scheinen, verschwunden. Die Aktentasche zeigte in der einen Ecke einen breiten Riß. Schütz, 21 Jahre bei der Firma beschäftigt, beteuerte seine Unschuld und stellte sich als Opfer eines Taschendiebes hin. Auch der Zeuge Renner erklärte, daß er den Riß vorher nicht gesehen habe, sondern bei der Ablieferung an der Kasse erst bemerkt.

Angeklagter und Zeuge gaben zu, daß sie Weisung gehabt hätten, sich niemals zu trennen, und daß sie auf der Fahrt nach Marienfelde nochmals verabredet hätten, die Trennung zu vermeiden. Der Staatsanwalt bezeichnete die Sache im höchsten Grade verdächtig. Der Angeklagte sei in höchst leichtfertiger Weise mit dem Gelde umgegangen. Es bestehe aber immerhin die Möglichkeit, daß ein geschickter Taschendieb sich die Umstände zunutze gemacht habe. Deshalb beantragte der Staatsanwalt mangels Beweises die Freisprechung.

Nach langer Beratung erklärte das Schöffengericht, daß es noch nicht zu einem Urteil kommen könne. Zu einer Freisprechung habe es sich wegen der vielen, erheblichen Verdachtsmomente nicht entschließen können. Das Gericht legte daher die Verhandlung bis zum nächsten Dienstagsvormittag aus und ordnete die Zahlung des Devisenentlohn für Taschendiebstahl, Kriminalkommissar Kiemann, als Sachverständigen an. Dieser soll in der fortgesetzten Verhandlung mit vorbereiteten Notendebriefen Versuche anstellen, ob es möglich sei, durch den Schütz einen Diebstahl zu begehen. Auch der Zeuge Renner wird nochmals eingehend vernommen werden. Außerdem werden auch die Kriminalbeamten, die die ersten Ermittlungen angestellt haben, vorgeladen.

Ein Antrag des Angeklagten, aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden, wurde vom Schöffengericht rundweg abgelehnt, da gegen ihn die Verdachtsmomente zu stark seien.

Michael Bohnen bei einer Filmaufnahme verkehrt. Bei den Aufnahmen für den neuen Ufa-Film „Die geheime Nacht“, der zurzeit in Neubabelsberg gedreht wird, mußte Michael Bohnen, der die Hauptrolle in diesem Film spielt, in einer Verfolgungsszene über einen gedackten Tisch springen und dann eine Glasur aufreihen, um zu entfliehen. Bei dieser Szene glitt Michael Bohnen aus und fiel in die Glasur. Eine Anzahl Glasplitter drangen dem Künstler in den linken Unterarm und zerschmetterten eine Hauptader, so daß ein sehr starker Blutverlust eintrat. Michael Bohnen wurde nach dem Berlin-Krankenhaus in Potsdam transportiert und später in seine Wohnung entlassen, wo er mehrere Tage das Bett hüten muß.

Feuer im Rinderheim Heinersdorf. Im Rinderheim Heinersdorf (Kreis Teltow), in der Nähe von Lichterfelde-Df brach gestern nachmittags Feuer aus. Größere Preßhofenwärter, die im Keller lagerten, waren vermutlich durch Selbstentzündung in Brand geraten. Wegen der großen Gefahr wurde der Lichterfelder Löschar zu Hilfe gerufen. Zum Glück konnte eine größere Ausbreitung des Feuers verhindert werden.

Das Revolverattentat auf den Droschkenschaffeur. Wie wir kürzlich mitteilten, wurde der Droschkenschaffeur Hartmann in der Nähe von Staaken von einem Hohrgrast angeschossen. Der Verletzte liegt noch im Krankenhaus. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden; die Polizei erhebt daher eine Bekannmachung, in der es heißt: Der Beschuldigte ist etwa 26 Jahre alt, 1,66 bis 1,68 Meter groß, kräftige, breite Gestalt, breites, hageres und bartloses Gesicht, schwarze Augenbrauen und vermutlich schwarzes Haar. Sprach Berliner Mundart. Bekleidet mit hellbrauner Sportmütze, schwarzem oder dunkelblauem Mantel mit verdeckter Knopfreihe, dunkel weichen Hut, dunkler Hose und ansehend farbigen Schuhen. 500 M. Besoldung wird an Personen gezahlt, die Mitteilungen machen können, die zur Ergreifung des Täters führen. Nachrichten nimmt Kriminalkommissar Wernburg im Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 80, Hausanruf 433, entgegen.

Die letzten Tage der Werkstoffschau. Die Werkstoffschau am Kaiserdomum schließt morgen, nachdem alle Versuche, die Schau zu verlängern, aus technischen Gründen ergebnislos geblieben sind, endgültig ihre Pforten. Die Ausstellung ist noch heute und morgen von vormittags 9 bis abends 10 Uhr geöffnet. Die Vorführungen auf dem Hochspannungsprüfstand finden an beiden Tagen statt um 11 Uhr vormittags und 6 und 8,45 Uhr nachmittags.

Vollschöne. Wegen schwerer Erkrankung zweier Hauptdarsteller muß die zu heute schließliche Premiere „Schieder des Ruhms“ auf einen späteren Tag verlegt werden.

Freiwillige Gemeinde Sonntag vorm. 11 Uhr, Vappeller 18. Vortrag des Herrn H. Witten: Die deutsche Romantik. Harmonium: Aus „Teufel und Holbe“ (Wagner). Gäste willkommen.

Jugendwehe Neukölln. Anmeldeungen zur Frühjahrs-Jugendwehe werden in den Gemeinderatsbüros von 14-18 Uhr und im Verteilbureau, Redakteur 8, von 17-19 Uhr, entgegengenommen. Anmeldegebühr 30 Pf.



Unter dem Titel „Sozialpolitik — Angestelltenversicherung“ behandelte Karl Büblich die Entwicklung des Angestelltenstandes von seinen Anfängen bis in die Gegenwart und die soziale Umsichtung, die dieser Stand im Laufe der Zeit erfahren hat. Der Angestellte, wie ihn Gustav Freitag schildert, der vom Lehrling zum selbständigen wirtschaftlich gesicherten Kaufmann aufsteigt, existiert heute nicht mehr. Wer Angestellter ist, bleibt es in der Regel sein Leben lang. Damit ist es notwendig geworden, daß die Gesellschaft ihm im Alter oder in Krankheitsfällen einen Rückhalt gewährt. Bei den Vertrauensmännern für die Angestelltenversicherung können die Angestellten ihrer Meinung Ausdruck geben, daß nicht das Aufsparen eines übermäßigen Kapitalvermögens, sondern erhöhte Kranken- und Altersfürsorge dem Sinn der Angestelltenversicherung entspricht, indem sie die Witte des Ufa-Bundes wählen. — Dr. J. E. Poritzky begann einen Vortrag „Die geistige Entwicklung des Weibes“ mit einer Schilderung der „Frau im Altertum“. Der Vortragende betonte die geringe gesellschaftliche Stellung der Frau in jener Zeit, in der sie selten höher als ein Hausier geschäft wurde. Dr. Fritz Schwieler sprach in seiner Vortragsreihe „Jüngste russische Dichtung“ über „Die häuerliche Lyrik und die Dichtung der Emigranten“. Die umfangreiche bayerische Lyrik — unter deren Vertreter Dr. Schwieler besonders Jellison, den Gatten der Madama Duncan, der durch Selbstmord endete, hervorhob — hat kein inneres Verhältnis zur neuen Zeit, zur Revolution, selbst wenn sie sich zu ihr bekennt, denn sie ist gefühlsmäßig zu tief im Alten verwurzelt. Die Dichtung der Emigranten, zahlenmäßig nicht gering, ist, der Qualität nach, meist wertlos. — Das Abendkonzert brachte eine Übertragung aus dem Bachsal, in dem das verstärkte Symphonieorchester unter Dofar Friedl konzertierte. Technisch vollendet kam die herrorragende schöne Aufführung von „Ein hebenleben“ von Richard Strauß heraus. Straminists instrumentale Dichtung „Feuertogel“, die vorausging, gelangte dagegen durch einen wohl durch unglückliche Mikrophongruppierung verursachten uneinheitlichen Droschkenschaffeur nicht zur Wirkung.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt



Die 22 Tabaksorten

Das Rezept der Cigarette
REEMTSMA

OVA

Arabierform

5 Pf.

- XANTHI-OVA
- XANTHI-YAKA
- XANTHI
- ZICHNA
- MAHALLA
- CAVALLA
- PRAVISTA
- SERRES-DOVISTA
- SERRES-SARMUSAKLI
- DUBNITZA
- KUSCHUKAVAK
- DJOUMA
- AYASOLUK
- LYGDA
- AK-HISAR
- SAMSUN-BAFFRA
- ALATSHAM
- ERBA'A
- HENDEK
- KIRLIKOVA
- PURSUTSCHAN
- DRAMA-BASMA

Der mißhandelte Kapitalmarkt.

Kursverluste der Festverzinslichen. — Enttäuschung der Anleihebesitzer.

Die letzten Monate haben den Besitzern von festverzinslichen Wertpapieren herbe Enttäuschungen gebracht. Im Frühjahr schon haben wir auf die Gefahr hingewiesen, die die schnelle Senkung des Zinsniveaus und die massenhafte Auflegung festverzinslicher Papiere für den Fall bedeutet, daß das Zinsniveau wieder steigt und eine Geldknappheit eintritt. Diese Gefahr ist seit einiger Zeit Wirklichkeit geworden. Allerdings entstehen wirkliche Verluste nur für die, die festverzinsliche Wertpapiere jetzt verkaufen müssen.

Was der Besitzer der Festverzinslichen will.

Der normale Käufer von festverzinslichen Wertpapieren, also Reichs- und Staatsanleihen, Pfandbriefen usw. spekuliert im allgemeinen nicht auf Kursgewinne, sondern es kommt ihm in erster Linie darauf an, aus seiner Kapitalanlage eine sichere, gleichbleibende, durch Konjunktureränderungen nicht bedrohte Rente zu beziehen. Vor dem Kriege waren in der Tat die Kurschwankungen bei diesen Papieren minimal und wer aus Gründen der Geldbeschaffung einmal gezwungen war, zu verkaufen, konnte damit rechnen, ungefähr den gleichen Betrag wieder zu erhalten, den er seinerzeit beim Kauf angelegt hatte. Hierin ist seit dem Kriege eine Änderung eingetreten.

Die Zeiten der Inflation, die diese Art von Wertpapieren von Tag zu Tag wertvoller machte, sind noch in schmerzlicher Erinnerung; dann kam die Enttäuschung der Aufwertung, so daß man sich nicht hätte wundern dürfen, wenn die nach der Stabilisierung der Markt neugeschaffenen festverzinslichen Werte aus psychologischen Gründen weniger gekauft worden wären, als es geschah. Aber die Sicherheit der Währung rechtfertigte den Kauf.

Die Geldflüssigkeit im Jahre 1926 und Anfang 1927 war so groß, daß nicht nur die Anfang dieses Jahres zur Zeichnung aufgelegten Reichs- und Staatsanleihen bald ausverkauft waren, sondern auch die von den Realreditinstituten (Landschaften, und Hypothekendarlehenbanken) auf der Grundlage von Hypothekensicherheiten herausgegebenen Pfandbriefe fanden durchweg vollen Absatz. Es war damals die Zeit der sinkenden Zinslage, und die Erwerber dieser festverzinslichen Papiere rechneten damit, daß sie auch für die Zeit des erwarteten niedrigeren allgemeinen Zinsniveaus im Genuß der bei der Zeichnung festgesetzten höheren Rente bleiben würden. Auch wer etwa zu einem vorzeitigen Verkauf seiner Papiere gezwungen war, konnte damals damit rechnen, diese zunächst zu einem noch höheren Preise wieder loszuwerden, da ein Fallen des Landeszinssfußes stets steigende Kurse der festverzinslichen Werte zur Folge hat. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht.

Wie es zu den Verlusten kommt.

Als der allgemeine Zinsabbau — künstlich gefördert durch die Reichsbankpolitik — zu Anfang dieses Jahres auf dem tiefsten Punkte, einem Reichsbankfuß von 5 Proz. angelangt war, gingen

die Pfandbriefinstitute daran, soweit sie nur irgendwie eine Handhabe in ihren verkaufsfähigen Statuten finden konnten, ihre hochverzinslichen Pfandbriefe aufzulösen und den Besitzern einen Umtausch in niedriger verzinsliche Papiere anzubieten. So wurden die ursprünglich mit 10 Proz. verzinslichen Pfandbriefe der Ostpreussischen Landschaft in solche mit einem Zinsfuß von 7 Proz. und die ursprünglich 8prozentigen Pfandbriefe anderer Institute in solche von 6 Proz. zwangsweise umgewandelt. Die Besitzer mußten darauf eingehen, da sich damals allgemein eine höhere Verzinsungsmöglichkeit nicht bot.

Inzwischen ist die Zinsentwicklung radikal umgeschlagen, aber für die Besitzer der Papiere, die nicht verkauft haben, bleibt der damals heruntergesetzte niedrigere Zinsfuß bestehen. Mühen sie aber verkaufen — und die jetzige Geldknappheit wird manchen dazu zwingen —, dann werden sie bedeutend weniger für ihre Pfandbriefe erhalten, als sie seinerzeit hatten dafür ausgeben müssen; denn ein Steigen des allgemeinen Zinsniveaus bedeutet immer ein Fallen des Börsenwertes der festverzinslichen Papiere. Der zweite Käufer sucht natürlich, entsprechend dem gestiegenen allgemeinen Zinsniveau, eine höhere Rente zu erzielen, und da der Zinsfuß bei diesen Papieren festliegt, zahlt er zum Ausgleich eben einen niedrigeren Preis. Das ist die Ursache der in nachstehender Tabelle dargelegten

fallenden Kursentwicklung von Pfandbriefen

| Pfandbriefe der | Zinsfuß nom. | Kurse in Berlin am | | | | Rentabilität für | |
|----------------------------|--------------|--------------------|----------|---------|---------|------------------|---------|
| | | 1. Juni | 1. Sept. | 1. Okt. | 1. Nov. | 1. Juni | 1. Nov. |
| Ostpreuß. Landsh. | 7% | 95,— | 93,60 | 91,75 | 87,— | 7,86 | 8,05 |
| Pomm. Landsh. | 7% | 100,— | 96,90 | 93,— | — | 7,— | — |
| Schl.-Hollst. Landsh. | 7% | 100,— | 95,50 | 94,— | 89,50 | 7,— | 7,84 |
| Reining. Hyp.-Bl. | 7% | 101,50 | 100,— | 96,50 | 93,50 | 6,9 | 7,5 |
| Pr. Zentralboden | 8% | 101,25 | 100,— | 100,50 | 99,50 | 7,88 | 8,05 |
| Pr. Pfandbrief-Goldhypoth. | 7% | 101,50 | 98,— | 96,— | 95,— | 6,9 | 7,88 |

In der Zusammenstellung fallen die niedrigen Kurse der landwirtschaftlichen Pfandbriefe gegenüber den gleich verzinslichen Papieren der Hypothekendarlehenbanken besonders auf. Die Ursache für diesen Kursunterschied liegt darin, daß die Hypothekendarlehenbanken durch Selbstkäufe in größerem Umfange versuchen, den Kurs ihrer Papiere noch einigermaßen zu halten, um den Markt für spätere Emissionen nicht zu verderben. Dazu scheinen die Landschaften z. T. entweder nicht in der Lage oder nicht willens zu sein.

Die gleiche Enttäuschung erlitten die Zeichner der zu Anfang dieses Jahres herausgegebenen Reichs- und Staatsanleihen. Auch deren Kurs wird nach einer Zeit dauernden Fallens zwar durch tägliche amtliche Aufkäufe an der Börse gehalten; ein Vergleich der Kurse am 1. November 1927 mit den

feinerzeitigen Ausgabekursen, also dem Zeichnungspreis, zeigt aber deutlich, daß die ursprünglichen Käufer bereits bedeutende Verluste erlitten haben.

Die Reichs- und Staatsanleihen

| | Zinsfuß Proz. | Ausgabekurs | Kurse in Berlin | | | Rentabilität f. d. Anleihebesitzer vom 1.11.27 | f. d. Anleihebesitzer vom 1.11.27 |
|--|---------------|-------------|-----------------|---------|---------|--|-----------------------------------|
| | | | 1.9.27 | 1.10.27 | 1.11.27 | | |
| Deutsch. Reichsanl. 1927 (500 Mill. M.) | 5% | 92 | 87,50 | 87,50 | 87,50 | 5,434 | 6,88 |
| Bod. Staatsanleihe (33 Mill. M.) | 6 | 96,75 | 87,— | 86,40 | 80,70 | 6,21 | 7,45 |
| Bayer. Staatsanl. (75 Mill. M.) | 6 | 97,75 | 87,25 | 86,40 | 82,40 | 6,13 | 7,5 |
| Sächs. Staatsanl. (45 Mill. M. v. z. nächst aufgelegt 50 Mill. M.) | 6 | 95,75 | 87,75 | 86,40 | 82,50 | 6,27 | 7,58 |

*) Ab 1. 8. 27 auf 6 Proz. heraufgesetzt. †) seit 1. 8. 27 6,92 Proz.

Buchverluste und wirkliche Verluste.

Solange die ersten Käufer ihre Anleihestücke behalten, wirkt sich der erlittene Verlust nur so aus, daß sie mit einer niedrigeren Rente sich zufriedengehen müssen, da sie heute eine höhere Verzinsung erzielen könnten. Die Verluste, die eintreten, sind zunächst sogenannte „Buchverluste“. Die Verluste werden aber sofort wirksam, sobald sie sich durch Verkauf der Papiere Geld beschaffen müssen. Das ist in der letzten Zeit, wie das starke Verkaufsangebot an der Börse beweist, bei nicht wenigen der Fall. Die letzten großen Verkäufe von Reichsanleihe sollen z. B. in erheblichem Umfange von den Sparkassen ausgehen, die seinerzeit auf offiziellen Druck hin sehr hohe Beträge halten zeichnen mußten und nun zur Geldbeschaffung für ihre Kommunen, denen andere Kapitalquellen versperri werden, die seinerzeit erworbenen Bestände notgedrungen mit Verlust abstoßen. Der Gesamtverlust der Sparkassen allein an der sechsprozentigen Reichsanleihe, von der sie rund 1/3 = 100 Millionen Mark aufgenommen hatten, beziffert sich also bei dem augenblicklichen Kursstand bereits auf 4 1/2 Millionen Reichsmark.

Die Folgen dieser, nicht ohne Schuld der Reichsbank und der beteiligten Banken, am Markt der festverzinslichen Wertpapiere eingerissenen Zustände haben natürlich den Kapitalmarkt geschwächt und das Vertrauen nicht verbessert. In den fünf Monaten von Mai bis September d. J. sind für kaum drei Millionen Mark Anleihen im Inlande begeben worden. Der Pfandbriefabsatz ist sehr zusammengeschrumpft, und mit der Stocung am Pfandbriefmarkt ist die Betätigungstätigkeit der Hypothekendarlehenbanken fast völlig lahmgelegt. Die Leidtragenden sind heute aber noch nicht so sehr die Hypothekendarlehenbanken wie die kredit suchenden landlichen und gewerblichen Kreise, die keine Hypothekendarlehen erhalten können. So wird die Ausgabe neuer Anleihen und Pfandbriefe noch längere Zeit auch bei einer günstigeren Gestaltung der Geldmarkterhältnisse auf begreifliches Maß zurückgehalten. Ein Grund mehr für die Öffentlichkeit, noch viel schärfer als bisher auf die Verantwortlichen zu achten, die das Wetter auf dem Geld- und Kapitalmarkt machen.

Kein Wort zuviel!



Wer die Massary-Anzeigen aufmerksam verfolgt, wird zugeben müssen, daß wir unsere Marken nicht mit übertriebenem Selbstlob empfehlen. Wenn wir nun heute einmal aussprechen, daß Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette, etwas ganz Außergewöhnliches darstellt, dürfen Sie uns das glauben. Wir sagen sogar nicht zuviel, wenn wir behaupten, daß manche weit teurere Marke gegen Massary-Privat nicht aufkommt. Prüfen Sie diese Angaben nach. Sie werden jedes Wort bestätigt finden!

Massary-Privat
4^{PF}

ohne Mundstück

Das ist Tabak!
(Urteilen Sie selbst!)

Kapital- und Preispolitik für Braunkohle

Herr Plafched antwortet!

Der „Vorwärts“ hat am 29. Oktober dargelegt, daß ein erheblicher Teil der sogenannten Schwierigkeiten im Braunkohlenbergbau mit der zu hohen Kapitalverflechtung bei der Goldumstellung im Jahre 1924 zusammenhängt und dabei die Ausführungen von Generaldirektor Plafched in der „Berliner Börsenzeitung“ über „Die Bilanz des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 1926“ kritisch unter die Lupe genommen. Herr Plafched hat auf unsere Kritik jetzt geantwortet. Leider können wir ihm aber nicht den Gefallen tun, von unseren Veröffentlichungen ein Wort zurückzunehmen.

Herr Plafched wundert sich in seiner Antwort an drei Stellen darüber, daß der Artikel des „Vorwärts“ namenlos war. Zu seiner Berührung, offensichtlich denkt er sich etwas dabei, und damit nicht falsche Schlüsse gezogen werden, was bei Interessenten immerhin möglich ist, jagen wir Herrn Plafched, daß es sich um eine Redaktionsarbeit handelt und daß es üblich ist, solche Arbeiten nicht zu zeichnen.

Gegen unsere Behauptung von der falschen Kapitalpolitik der Braunkohlenindustrie bringt Herr Plafched nur recht unzulängliches Material bei. Daß die Herstellungskosten von Bergbauanlagen gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind, ist auch uns bekannt. Uns ist aber ebenfalls bekannt, daß das für einen sorgfältigen Kaufmann bei der Bewertung alter Anlagen, die unter ganz anderen Kostenverhältnissen erbaut worden sind, unter keinen Umständen ausschlaggebend sein darf. Gerade die besten Bilanz- und Betriebswirtschaftler wehren sich dagegen, daß bei Bewertungen der Beschaffungs-, geschweige der Wiederbeschaffungspreis zugrunde gelegt wird (anders eventuell mit der Berechnung der Abschreibungen). Und die kaufmännische Sorgfalt muß jedem Unternehmer liegen, daß er sich bei normalen Marktverhältnissen für seine Dividende selbst das Gras mäht, wenn er das Kapital höher bemisst, als der wahrscheinliche Umsatz ihm an kapitalisierbarem Gewinn läßt. Die Marktverhältnisse sind damit die Gewinnmöglichkeiten waren aber schon 1924 ganz allgemein gegen den Kohlenbergbau, und zwar aus Gründen, die mit dem Rohstoffmarktgesetzen gar nichts und fast ausschließlich mit den Umwälzungen in der Wirtschaft zu tun haben. Herr Plafched baut also auf Sand, wenn er die Richtigkeit der Kapitalbemessung irgendwo auf den Beschaffungs- oder Wiederbeschaffungspreis stützen will. Es bleibt in der Tat dafür kein anderer vernünftiger Maßstab als der Umsatz und der aus den Konkurrenzverhältnissen sich ergebende tatsächlich erzielbare (nicht gewünschte) Gewinn.

Ein sorgfältiger Kaufmann hätte bei der Goldumstellung, das gilt für die ganze Industrie, niemals anders verfahren dürfen, als daß er das Rechenmaterial an kommenden Konkurrenzschwächen, neuen Steuer- und Sozialbelastungen, unermesslichen Rohnerhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen, die jedermann voraussehen konnte und mußte, bei der Feststellung des Goldkapitals mit einzurechnen. Und das um so mehr, als es sich um Gold- und Eisenkapital handelt, bei denen ein sorgfältiger Kaufmann gar nicht anders verfahren darf. Von selbst wäre dann, wenn sich die Verhältnisse gebessert hätten, eine allmähliche Aufwertung des Aktienkapitals, ein Hinneilwachen der wertvoller gewordenen Substanz in die Rente, eingetreten, sei es im Kurswert, sei es in auszugeben den Staatsaktien oder Genußschein, und vom ersten Tage an wären ausreichende Dividenden und Abschreibungen vorhanden gewesen.

Herr Plafched beruft sich aber sehr mit Unrecht auf das „wissenschaftliche“ Gutachten vom Frühjahr dieses Jahres über die Weibehaltung der Güterstandschaft. Der „Vorwärts“ hat dieses Gutachten keineswegs als wissenschaftlich betrachtet, wie es nach Herrn Plafched scheinen könnte. Der letzte Satz unserer Besprechung des Gutachtens hat vielmehr gelautet: „Es ist zwar eine Professorenarbeit, aber keine Wissenschaft.“ Und überschrieben war unsere Kritik: „Wertwirdige Wissenschaft!“ Herr Plafched kann uns also auf dieses Gutachten keineswegs festlegen. Im übrigen hat dasselbe Gutachten festgestellt, daß bei den unterliegenden Betrieben durch Konzentrationen ganz gewaltige Ersparnisse möglich sind. Und wenn das Gutachten der Professorenschaft meint, daß das Aktienkapital des Braunkohlenbergbaus unter dem Gesichtspunkt der in ihm enthaltenen realen Werte keineswegs als vernünftig angesehen werden kann, so ist das schließlich doch nur ein Beweis, daß die Untersuchenden das nicht waren, was gerade Herr Plafched für sich und seine Kollegen beansprucht, nämlich sorgfältige Kaufleute.

In der Tat hat der „Vorwärts“ ein lebhaftes Interesse an der Lebensfähigkeit des Bergbaus, nicht einmal allein im Interesse der Arbeitnehmererschaft, sondern auch vom Standpunkt der Unternehmer! Denn mit gesund rechnenden und wirklich kaufmännisch denkenden Unternehmern kann auch die Arbeitererschaft besser auskommen als mit spekulativen Unternehmern, die später über die Schlingen stolpern, die ihnen ihre Unzulänglichkeit selbst gelegt hat und die das dann nicht zugeben, sondern die Folgen ihrer Unzulänglichkeit auf die Arbeitererschaft abwälzen wollen. Das will leider auch Herr Plafched, dem wir ganz gern ein besseres Zeugnis ausstellen möchten. Das geht aber nicht, da er alle von der Braunkohlenindustrie begangenen Fehler an führender Stelle mitgemacht hat und sich schließlich doch an der Gesamtwissenschaft dafür schuldig halten will.

Reichsverband der „Eisenerzeuger“

Der Leser wird sich wundern, daß ein Arbeiterblatt einem jetzt gegründeten Reichsverband der Eisenerzeuger größere Aufmerksamkeit widmet; denn für die deutsche Wirtschaft geschieht mit dieser Gründung nichts, was irgendwie erschütternd wäre. Aber die deutsche Wirtschaft, d. h. das ganze Vierzehner der Unternehmer macht jetzt in Droffung der Staats- und Gemeindegeldausgaben, und mit aller Energie wird die Vereinfachung des Verwaltungsapparates gefordert, wobei das letztere durchaus lobenswert sein mag. Wir sind auch nicht gegen das Sparen an rechten Ort.

Aber uns scheint, die Herren von der Industrie, vom Handel und vom Bankkapital können auch an ihrem eigenen Verwaltungsapparat sparen. Und wie sie das können, das zeigt eine Feststellung im letzten Heft des „Magazins der Wirtschaft“, wo zahlenmäßig belegt wird, in wie gewaltigem Maße die wirtschaftspolitische Heberorganisation der Industrie die Belastet. Da wird für 23 Firmen nachgewiesen (eine vielschichtige größere Zahl hat sich ersichtlichweise geweigert, die Fragebogen zu beantworten), daß für die Misfälligkeit in wirtschaftspolitischen Verbänden, die die Interessen der Beteiligten wahrzunehmen haben, ein fünfmal so großer Betrag aufgewendet wird, als die Grundbelastung der Gewerbesteuer ausmacht, über deren Höhe die Unternehmer nicht genug jammern können. Genau derselbe Betrag, der dann tatsächlich von den Kommunen erhoben wird, wird für die Mitgliedschaft in solchen Verbänden bezahlt. Dabei sind aber die Beiträge, die an gesellschaftliche Berufsverbänden gezahlt werden, und vor allem die sehr hohen Beiträge, die für soziale Kampfkampfs zusammengesetzter werden, noch gar nicht eingerechnet.

Die deutschen Unternehmer mögen sich also zunächst einmal selbst an die Nase fassen, bevor sie dem Staat Beihilfen geben. Die Öffentlichkeit muß aber darauf hinwirken, daß im Reichstag, daß von den Regierungen den Herren Unternehmern der Puls gefühlt wird über den Anteil, den diese politischen Organisationsstellen an den Selbstkosten und vor allen Dingen an Preisen haben. Daß die Mengenkonjunktur keine Preis-, d. h. Gewinnkonjunktur sei, hat vielleicht auch hier einige Erklärungsgründe.

Werbefundgebungen.

Heute, Sonnabend, den 12. November:

Blauenburg: 19½ Uhr im Lokal Klug, Dorfstr. 2. Referentin: Clara Bohm-Schuch, M. d. R.

Frauenwerbeveranstaltungen.

Sonntag, den 13. November, nachm. 4¼ Uhr:

Pankow: Film- und Vortragsabend im Kino Livoni, Pankow, Dorfstr. 27. 1. „Der Kreuzzug des Weibes“. Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungspolitik. 2. Ansprache der Genossin Marie Juchacz.

Montag, den 14. November, 19½ Uhr:

Friedrichshagen: Film- und Vortragsabend im Lokal Königshaus, Gr. Frankfurter Str. 117. 1. „Der Kreuzzug des Weibes“. Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungspolitik. 2. Ansprache der Genossin Dr. Hilde Wegscheider, M. d. R.

Kreuzberg: Film- und Vortragsabend bei Rabe, Fichtestr. 29. 1. „Der Kreuzzug des Weibes“. Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungspolitik. 2. Ansprache der Genossin Johanna Rühn.

Der deutsche Maschinenbau hat noch stark zu tun

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten meldet für den Oktober im ganzen die gleiche Beschäftigung seiner Mitglieder wie im September. Die Mehrleistung von Arbeitern habe mit einer halbfrühlichen Berringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit zu einer Berringerung der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden geführt. Als Saisonerscheinung lasse sich im inländischen Auftragsverkehr eine kleine Schwächung feststellen, von der Zustandständigkeit lägen im Werkzeugmaschinen- und Katalmaschinenbau etwas verstärkte Anträge und Aufträge vor. Der Maschinenvertrieb nach dem Auslande habe sich auf Grund früherer Bestellungen mit längeren Lieferfristen erhöht. Die Septemberausfuhr habe die höchste nach dem Kriege erreichte Monatsziffer der Ausfuhr gebracht. Der Wert der Septemberausfuhr von Maschinen war um 35 Proz. größer als im Monatsdurchschnitt 1926, während der Wert der gesamten Fertigwarenausfuhr nur um 20 Proz., und der Wert der gesamten Waren ausfuhr nur um knapp 15 Proz. zugenommen hat.

Die Finanzlage der Reichspost.

Herr Dr. Schäkel hat in der vertraulichen Sitzung der Reichspost festgesetzt, daß sich die seit dem 1. August eingetretene Gebührenerhöhung und Verkehrssteigerung für das laufende Rechnungsjahr als Mehreinnahme von etwa 186 Millionen Mark auswirken wird. Diesen Mehreinnahmen stehe ein Mehraufwand von 302 Millionen Mark gegenüber. Davon seien 174 Millionen Mark noch durch Anleihen zu decken, für die der gegenwärtige Kapitalmarkt die Belegungsmöglichkeit noch offen lasse. Wir werden auf die Ausführungen von Herrn Dr. Schäkel noch ausführlicher zurückkommen.

Es geht aufwärts in Polen. Vorwärts mit den Handelsvertragsverhandlungen! Die Stadt Warschau will in zwei Jahren für 10 Millionen Dollar 20 000 Wohnräume beschaffen. 40 000 Personen sollen dadurch Wohnungen erhalten. — Wir werfen diese Mitteilung als wichtiges Symptom. Nachdem durch die letzte große Polenleihe in New York der polnische Kredit im Ausland wieder hergestellt worden ist, ist mit Sicherheit eine starke Aufwärtsentwicklung der polnischen Wirtschaft zu erwarten. Es ist deshalb mit der Beendigung des Weltkrieges und der Herbeiführung erfolgreicher Verhandlungen fünf Minuten vor zwölf, wenn Deutschland sich nicht selbst von den sicher in Polen zu erwartenden großen Geschäften ausschließen will.

Die Lage bei Schwarzkopf verbessert sich weiter. Die Verwaltung der Berliner Maschinenfabrik L.G. (vorm. S. Schwarzkopf) erklärte auf der gestrigen Generalversammlung, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft auch im neuen Geschäftsjahr günstig sei und die Gesellschaft mit dem Aufbau der Betriebsstätten fortfahren könne, da jetzt auch der Lokomotivbau weitere Aufträge, allerdings kleineren Umfanges, von der Reichsbahn und dem Ausland erhalten habe. Wie wir noch weiter erfahren, hat der scharfe Appell der Schwarzkopfwerte an die Reichsbahn seinen guten Grund, da der Auftragsbestand in den Lokomotivwerkstätten höchstens bis Februar vorläufig. Bleiben die Reichsbahnaufträge aus, so wären für verschiedene Widauer Betriebe vielleicht zum Jahresanfang wieder Einschränkungen zu erwarten. Diese Maßnahmen würden die dortigen Belegschaften um so härter treffen, als für zahlreiche Arbeiter, die weit aus dem Spreemünd herkommen, eine andere Arbeitsstätte nicht zur Verfügung steht. Die Schwarzkopf-Belegschaften sind weiter erheblich vermehrt worden. Die Maschinenbetriebe in der Scheringstraße beschäftigen zurzeit 1450 Mann gegen 750 im vergangenen Jahre, während im Widauer Werk, dessen Arbeiteramt während des tiefsten Konjunkturlandes Anfang 1926 auf 750 Mann zusammengeschmolzen war, jetzt einschließlich der Angestellten 2000 Mann zählt. Möglicherweise kommen demnächst größere Aufträge herein. — Schwarzkopf steht übrigens im deutschen Lokomotivbau nach Henschel u. Sohn in Ruffen an zweiter und nicht an dritter Stelle, wie wir kürzlich bei der Bilanzbesprechung irrtümlich berichteten.

Eine neue „Aoi“ für Messingergzeugnisse. Die eisenverarbeitende Industrie hat bekanntlich mit den Eisenerzeugern ein Abkommen dahin getroffen, daß für die zu Exportwaren verarbeiteten Rohstoffe die Differenz zwischen Weltmarkt- und Inlandspreis vergütet wird. Dasselbe ist jetzt auch von der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Messingwerke für die messingverarbeitende Industrie beschlossen worden. Der Vertrag darüber soll noch im November unterzeichnet, die Vergütung soll schon für die Roemberperiode in Ansatz gebracht werden. Die daraus zu erwartende Steigerung der Exportfähigkeit macht natürlich keineswegs den Schaden weit, den die hohen Inlandspreise für Rohstoffe für den Abfall von Messingergzeugnissen im Inland bedeuten. Wahrscheinlich würden die Exportfähigkeit bei billigeren Rohstoffpreisen auch für den Inlandsabfall noch viel schneller wachsen als durch die beim Export gewährten Vergütungen.

Freie Sozialistische Hochschule.

Heute, Sonnabend, d. 12. November, 19½ Uhr

im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Vortrag des Genossen Nationalrat Reinhard-Bern:

„Psychologische Probleme der Arbeiterbewegung“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, Hof, II, Zimmer 8. — Buchhandlung J. W. Dietz, Lindenstraße 2. — Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark. — Zigarengeschäft Friedrichs-Eigen 24-25, Gewerkschaftshaus. — Tabakvertrieb, Inselstr. 6. — Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreilindenstr. 8. — „Weltanschauer“ Buchvertrieb, Potsdamer Str. 104. — Berliner Gewerkschaftskommission, Engeljuler 24-25 (Gewerkschaftshaus), sowie in allen Vorwärts-Speditionen. — Groß-Siedlung Britz: Linienstraße 57.

Die Öblicher Waggon- und Maschinenbau L.G. kommt mit einem überraschenden Jahresabschluss heraus. Nach dem sie im vorigen Jahr noch einen Verlust von 4,54 Millionen M. hatte, verteilt sie 1926/27 eine Dividende von 8 Proz! Es muß ihr also wirklich glänzend gegangen sein. Die Bilanz werden wir noch besprechen.

Deutsche Anleihen in New York stark überzeichnet. Die beiden privaten Anleihen des Norddeutschen Lloyd und der Redarfulmer Fahrzeugwerke über 20 und 4 Millionen Dollar wurden in New York sofort nach ihrer Aufsetzung stark überzeichnet. Das ist nach den letzten internationalen Anleihegeschäften ein erfreuliches Zeichen zum mindesten dafür, daß wenigstens der private Auslandskredit Deutschlands bisher noch nicht fühlbar gelitten hat. Die amerikanischen Banken haben allerdings ein Interesse daran, sie verdienen ja mächtig, das auch zu unterstreichen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für die Parteiführer sind an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Friedrichshagen. Die Billets von der Revolutionsfeier sind am Sonntag mit dem Refektor Paul Ben, Cohlstr. 1, bestimmt abzugeben.

21. Wk. Die zweite Nummer „Unser Weg“ ist, soweit sie die Parteiführer noch nicht abgeholt haben, sofort vom Parteisekretariat Kompe, Durlstr. 9, Hof 2, abzugeben.

23. Wk. Die nach nicht abgerechneten Karten von der Revolutionsfeier sind sofort mit dem Genossen Paul Ben, Cohlstr. 1, zu verrechnen.

24. Wk. Die für heute angekündigte Besichtigung des Nachtigallen Kinderheims in der Reichstr. 33 ist umständlicher aus. Die Besichtigung findet aber erst später statt.

25. Wk. Die Parteiführer bringen sofort ihre Resultate von der Besprechung zum Genossen Krüger, Prinz-Johann-Str. 54.

26. Wk. Die Besichtigung des Großkaufmanns Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

27. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation.

28. Wk. Unter Genosse Martin Rensch, Jüterbacher Str. 8, ist am 6. November verstorben. Erbe seinem Ansehen! Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Die Revolutionsfeierkassen müssen am Sonntag vormittag bis 10 Uhr im Mercedes-Palast abgerechnet werden.

29. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

30. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

Morgen, Sonntag, 13. November.

Revolutionsfeier verbunden mit Parteimeile 11 Uhr im Mercedes-Palast in Reuthen, Hermannstraße. Alle Gruppen müssen sich beteiligen und ihre großen roten Fahnen mitbringen. — Treffpunkt der Gruppen: Trepphof: 10¼ Uhr Tor, Ede Berliner Straße (19 Uhr Helmabend). — Friedrichshagen: 10¼ Uhr am Feuerwehler Rottendamer Markt. — Werdberg: Pankow: 10¼ Uhr im Pankower Pankow. — Werdberg: 10¼ Uhr im Pankower Pankow. — Werdberg: 10¼ Uhr im Pankower Pankow.

31. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Cabanstraße, III, Hof 2. 2. Hof 2.

Sonntag, 13. November. Sanitätsdienst West (Gruppen Chor- und Fackelzug, Schöneberg, Spandau, Köpenick, Tegel, Wilmersdorf) Antonien Wk. Treffpunkt 10¼ Uhr zur Zusammenkunft. — Werdberg (Schöneberg) Hof 2-11 Uhr Arbeitslehre mit dem Sportplatz hinter der Bahn (Werkstattsbüro). Später mitbringen. Beteiligung beim Schachturnier Pflicht. — Montag, 14. November. Christentum: 20 Uhr in Reinholdsdorf. — Montag, 14. November. Christentum: 20 Uhr in Reinholdsdorf.

32. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

33. Wk. Die Besichtigung des Kaminwerks Rittgen findet pünktlich um 10 Uhr statt. Treffpunkt zwischen 9¼ Uhr vor dem Tor aber ¼ 10 Uhr an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie M. Überfahrt mit dem Rotoboot. 15 Pf. pro Person.

Die Redaktion des „Vorwärts“ legt Wert darauf, festzustellen, daß das Heftenbuch auch am Sonntag und am kommenden Montag den ganzen Tag geöffnet ist.